


Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 203 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 12/2011 VOM 6. DEZEMBER 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Absolution für ehemalige NSDAP-Mitglieder** 10 | **30-Stunden-Woche gehört auf die Agenda** 15 | **Benford und manipulierte Wirtschaftsdaten**
Eine Stiftung für Werner Forßmann Vom 3. ver.di-Bundeskongreß Griechenland und der Euro

Ein neues Zentrum für Eberswalde



Das Rathaus als Mittelpunkt der (Eberswalder) Welt ist Schnee von gestern. Die rückwärtige Bebauung der Rathauspassagen scheiterte mangels solventer Interessenten. Die Umleitung des Durchgangsverkehrs vorm Rathaus vor die östliche Stadtmauer ist wegen verweigerter Landesförderung ebenso vom Tisch. Auch die Kreisverkehrspläne an der Friedensbrücke scheiterten. Mit dem wunderlichen Rathaus, dem Palmenhof und dem Marktplatz mit »Pißrinne« vollendete sich die Architektur-Ära des liebevoll »Beton-Schulz« genannten Vorgängers des heutigen Bürgermeisters.

Als feingeistigem Bildungsbürger liegen letzterem weniger die vormalige Tonnenideologie als vielmehr kulturelle und bildungspolitische Inhalte am Herzen. Schulz verbrauchte für seine Visionen – wie dem Regionalflughafen, u.a. mit dem später verlorenen 3,25-Millionen-Darlehen der Technischen Werke – das stadteigene Tafelsilber, das als »Goldesel« in die Ställe von EWE und E.ON Edis wanderte. Zuletzt griff er immer häufiger auf die Ressourcen der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) zurück. Wie bei den wenig erfolgreichen Gaststättenprojekten im Marktplatzbereich Brasserie und Palmenhof (vgl. »Pleitegeier kreisen über WHG-Tochter« in BBP 3/2011). Das korrupte Treiben des 2006 Abgewählten sorgte aber für einen schuldenfreien Beginn des Nachfolgers. Veränderte Landeszuweisungen spülten gar die Mittel für komfortable Rücklagen in die Stadtkasse.

Das schafft Spielraum zur Umsetzung der neuen Visionen. Das Bildungsbürgerzentrum in der Puschkinstraße wird mit Landesförderung unterstützt direkt aus städtischen Mitteln finanziert. Die Namensdiskussion beschäftigt die Öffentlichkeit. Neueste Idee von Bürgermeister Friedhelm Boginski ist, das Bildungsbürgerzentrum nach dem einstigen NSDAP- und SA-Mitglied Werner Forßmann zu benennen – was, gerade nach den Diskussionen um die Naziverstrickungen des Heimathistorikers Rudolf Schmidt, tief blicken läßt. Zumindest lenkte die Namensdiskussion erfolgreich ab von den beträchtlichen Kostenerhöhungen für das geplante Bildungsbürgerzentrum (BBP 7/2011).

Während in der Puschkinstraße die Stadtverwaltung selbst als Bauherrin agiert, liegt auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Verantwortung für die Bebauung der südlichen Friedrich-Ebert-Straße in den bewährten Händen der WHG. Die beschäftigt sich damit nicht aus Lust und Liebe, sondern auf Weisung »von ganz oben«, wie sich ein leitender WHG-Mitarbeiter kürzlich ausdrückte.

Größtes Problem ist, daß sich dieses Bauvorhaben »ökonomisch darstellt«. In den vergangenen fünfzehn Jahren hatten potentielle Investoren deshalb regelmäßig die Finger von der »Ebert-Straße-Süd« gelassen (BBP 11/2004). Doch nun ist nicht nur erfolgreich ein Architektur-Wettbewerb über die Bühne gegangen. Nach WHG-Aussagen fanden sich ausreichend Bewerber für die etwa 120 barrierefreien, luxuriösen

Wohnungen. Und auch für das geplante Gewerbe fanden sich Interessenten. Die hierfür vorgesehenen Flächen müsse sogar auf rund 6.000 Quadratmeter ausgeweitet werden. Ein Konsortium mit dem weltweit agierenden Handelskonzern H&M an der Spitze wolle sich in Eberswalde ansiedeln. Neben H&M wollen C&A, ein Woolworth-Kaufhaus, eine Filiale des Drogeriediscounters dm sowie als regionale Vertreter ein Eberswalder Schuhhaus und Globus Naturkost die Gewerbeflächen des neuen Komplexes in der Ebertstraße nutzen.

Für sich betrachtet scheint dieses Projekt somit ökonomisch machbar zu sein. Eine ökonomische Gesamtbetrachtung fehlt allerdings. Es gibt die Vorstellung, die Ballung an neuen Kaufangeboten könnte die Läden im Volksbankgebäude attraktiver machen. Das ist nachvollziehbar. Nicht so nachvollziehbar ist die Vision, wonach die neuen Anbieter ausschließlich zusätzliche Kaufkraft in die Eberswalder City ziehen. Direkte Verlagerungen mit Leerzug der bisherigen Läden gibt es durch die beiden örtlichen Nutzer Schuhhaus und Globus. Indirekte Auswirkungen durch H&M und C&A dürften zumindest Vögele und Kräfft&Kräfft spüren. Auch der zusätzliche Drogerie-Discounter wird kaum einen zusätzlichen Käufermarkt erschließen. Insoweit besteht also die reale Gefahr, daß die zusätzlichen Gewerbeflächen im Bereich Ebertstraße-Süd den Leerstand im vorhandenen Bestand befördert.

Die neuen Angebote im Bereich der Puschkinstraße und dem westlichen Teil der Ebertstraße werden also sehr wahrscheinlich eine Verlagerung des bisherigen Zentrums zur Folge haben.

Auch hinsichtlich des zusätzlichen Wohnraums sollte die Frage erlaubt sein, welche Auswirkungen für das Umfeld damit verbunden sind. In der Altbausubstanz im Sanierungsgebiet gibt es schon heute viel Leerstand. Eine eventuelle höherwertige Sanierung wird es da kaum noch geben, wenn der entsprechende Bedarf an altersgerechten und Luxuswohnungen auf dem letzten Stück »grüne Wiese« im Zentrum gedeckt wird. Der vorhandene Leerstand wird damit irreparabel. Müssen wir dafür die quasi letzte freie Grünfläche im Stadtzentrum opfern?

Mal ganz davon abgesehen, daß für den Fall, daß es schief geht, zualtererst die städtische WHG in die Schieflage gerät.

GERD MARKMANN

Ein Parodiestück

Ein Sportlehrer hatte seine Schüler anlässlich eines Wandertags mitgebracht; andere Schulen hatten den jungen Leuten unterrichtsfrei gegeben, und manche der Oberkläppler waren sogar im Bus zum Ort des Geschehens gekarrt worden. Werbezirkus der Bundeswehr.

Ein Kommandeur des Typs, den der Kabarettist Georg Schramm so trefflich parodieren kann, sagte auf und an, was Sache sei auf dem Kasernenhof irgendwo in Brandenburg, nämlich Bewußtsein herzustellen für die Wichtigkeit des Waffendienstes, die Jugendlichen patriotisch zu bilden und ihnen plausibel zu machen, daß die Truppe die Heimat zu verteidigen habe. Weshalb der höchst unangenehme Vogel darauf verzichtete, seinem letzten Satz ein Zitat des berühmten SPD-Soldaten anzufügen („...auch am Hindukusch...“), wurde klar, wenn man den weiteren Verlauf des RBB-Beitrags verfolgte. Vor den fahnenappellartig aufgereihten Knaben und Mädchen tänzelten bewaffnete Fast-Altersgenossen auf und ab, ließen Karabinerkolben krachen und die Ober- und Unterschenkel in luftige Höhen fliegen.

Den Teenagern stülpte man Tarnhelme auf die Köpfe und steckte sie in Nato-Westen, bevor sie eine Runde Kampfpfanzern fahren durften. Die Kamera hielt durchweg fröhliche Gesichter fest – es rüttelte und gruselte ja auch wie in der Achterbahn. Spaßig halt. Zum Lockvogeltag gehörte naturgemäß auch jener Exhibitionismus, der sich zeigt, wenn einem das normale Selbstwertgefühl abhanden kommt. Da müssen die Monster her, die Geräte. Man kennt das vom kleinen Gernegroß, der einen Mercedes benötigt, weil er sich irgendwie unterversorgt vorkommt. Penislängenmäßig, den IQ betreffend oder wegen der Weiber.

Die Daimler der Truppe waren zwanzigachsiges Ungetüme zum Pontonverlegen und LKW-Giganten mit Schießgerät obendrauf für den Nahkampf mit Minen. Manch einer, so spruch der Redetext zum Report, manch einer der jungen Gäste würde gewiß darüber nachdenken, ob er seine berufliche Zukunft nicht beim Bund finden könnte. Hoffentlich tut er das auch. Nachdenken. Dabei sollten sich die Wandertagsteilnehmer nicht unbedingt ein Beispiel an ihrem kernig-lockeren Turnlehrer nehmen, der (»Ich bin im Fernsehen!!!«) artig und beflissen Wehrbewußtes ausstieß. Und so bewies, daß Muskelmasse und Hirnvolumen nicht immer identische Größen sein müssen.

Einen gewaltigen Unterschied zu ähnlichen Sendungen im DDR-Fernsehen gab es allerdings. Dem Vorsitzenden der Brandenburger GEW gab man die Gelegenheit, sich kritisch zum Spektakel zu äußern und zu fordern, daß Pazifisten und christliche Ent-Rüstete ihre Meinung zum Wehr- und Waffengewerbe an den Schulen äußern können. Dafür wäre dem Mann seinerzeit ein Aufenthalt in Bautzen sicher gewesen. Des lieben Friedens wegen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Tödlicher Rassismus

Gedenken am 21. Todestag von Amadeu Antonio am 6. Dezember

Eberswalde (dg/kj/bbp). Der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V., die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und die Eberswalder Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit laden am Dienstag, den 6. Dezember, um 17 Uhr an die Erinnerungstafel, Eberswalder Str. 26 in 16227 Eberswalde zum Gedenken an Amadeu Antonio und an andere Opfer der rassistischen Gewalt ein.

Erstmals werden bei diesem Gedenken Kurzbeiträge zu hören sein mit persönlich gehaltenen Zeugnissen der Betroffenheit von Rassismus und Zeugnissen des Engagements gegen Rassismus. »Die tödlichen Folgen von Rassismus werden durch die Morde der Terrorgruppe aus Jena erneut sichtbar«, sagt Kreisjugendwart Dieter Gadischke. »Rassismus trifft Menschen wahllos, stellvertretend für ganze Gruppen, die nicht in das Weltbild von Nazis passen. So beschädigen sie die Opfer, deren Angehörige, Freunde und Kollegen sowie die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Darum sind demokratisch gesonnene Menschen aufgerufen, auch mit ihrer Teilnah-

me am Gedenken ein Zeichen gegen Rassismus, für die Bunte Republik Deutschland zu setzen.«

Bereits am 3. Dezember fand im EXIL, Am Bahnhof Eisenspalterei, im Ausstellungsraum zum ehemaligen Außenlager des KZ Ravensbrück eine besondere Diskussionsrunde statt. Thema: »Was habe ich davon, weißt du zu sein?«

Eine weiße Haut zu haben ist mit vielen Privilegien verbunden. Menschen mit dunkler Hautfarbe hingegen werden beständig mit Vorurteilen konfrontiert. Begleitet und unterstützt wurde diese »Forschungsreise« mit Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit von Lara-Sophie Milagro, die vor einem Jahr die Diskussionsrunde im Vorfeld des 20. Todestags von Amadeu Antonio moderiert hatte. Sie ist künstlerische Leiterin des Ensembles Label Noir und hat das Stück »Heimat, bittersüße Heimat« entwickelt, das u. a. Alltagsrassismus sichtbar macht. »Ihr Wissen soll uns als Grundlage für eigene Erkenntnisse dienen«, sagt der Koordinator für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde Kai Jahns.



Ausgezogen? Umgezogen? Eingezogen!

Der Integrationsfachdienst lädt zum Tag der offenen Tür

Der Integrationsfachdienst des AWO-Kreisverbandes Uckermark e.V. lädt am Mittwoch, dem 14. Dezember, von 10 bis 14 Uhr ganz herzlich zum »Tag der offenen Tür« in seine neuen Räume in der Eberswalder Straße 87a (16227 Eberswalde, Einkaufszentrum »Kleiner Stern«, Zugang über das Parkdeck) ein. Die Mitarbeiter des Integrationsfachdienstes und der AWO stellen ihre Aufgabenfelder, Projekte und Standorte im Land Brandenburg vor, stehen Fragenden Rede und Antwort und beraten Sie gern. Geboten wird ein interessantes Paket mit Informationen unter anderem zu Auswirkungen von Behinderungen und/oder psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz, zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben und für Arbeitgeber zu Möglichkeiten der behinderungsgerechten Gestaltung von Arbeitsplätzen.

Vor Ort stellen die Integrationsfachdienste für gehörlose/schwerhörige und für sehbehinderte/blinde Menschen spezifische Hilfsmittel für Betroffene vor und die Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe informiert zu Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit unterschiedlichen Selbsthilfegruppen im Landkreis

Barnim. Das Hörmobil der Firma Knoll Hörgeräte GmbH ist mit dabei uns testet gern Ihr Gehör. Schauen Sie einfach mal herein – wir freuen uns auf Ihr Kommen!

SILVIA MORGENSTERN

Programm – Tag der offenen Tür
14.12., von 10 bis 14 Uhr, Eberswalder Str. 87a, 16227 Eberswalde, (EKZ »Kleiner Stern«, Parkdeck), Tel. (03334) 384540 Fax: 3845429
Integrationsfachdienst des AWO Kreisverbandes Uckermark e.V.

Aufgaben, Inhalte, Standorte in Brandenburg
IFD für hörbehinderte Menschen
Vorstellung von Hilfsmitteln für gehörlose und schwerhörige Menschen (Herr Metzendorf)
Hörgeräte Knoll GmbH: Hörtest
IFD für sehbehinderte Menschen
Vorstellung von Hilfsmitteln für blinde und sehbehinderte Menschen (Frau Brettschneider)
Übergang Schule-Beruf/Initiative Inklusion
Präsentation, beteiligte Schulen und Standorte (Frau Bredereck/Herr Rohde)
Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe
Informationen zu Selbsthilfegruppen für psychisch kranke, schwerhörige/gehörlose und blinde/sehbehinderte Menschen (Frau Ramson/Herr Dumke)

Eine Stiftung für Werner Forßmann

Absolution für ehemalige NSDAP-Mitglieder

Eberswalde (bbp). Eberswalde habe allen Grund, seinem Nobelpreisträger ein ganz besonderes Denkmal zu setzen. So lautet das Fazit einer Diskussionsveranstaltung anlässlich des 55. Jahrestages der Nobelpreisverleihung an den Namensgeber des Eberswalder Krankenhauses Werner Forßmann. Von den insgesamt 17 deutschen auf dem Gebiet der Physiologie und Medizin Geehrten, sei Eberswalde die einzige Stadt im Land Brandenburg, in der ein Wissenschaftler für seinen bahnbrechenden Selbstversuch mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden sei. (vgl. Seite 14)

Auf dem Podium saßen neben dem Moderator Axel Busse der Landrat Bodo Ihrke, der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski, Professor Johannes Albes, Herzchirurg am Immanuel Klinikum Bernau, sowie der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Werner Forßmann Krankenhauses Dr. Meikel Vesper. Wieso mit dem 55. Jahrestag ausgerechnet ein »krummes« Jubiläum als Anlaß für die Öffentlichkeitsoffensive dient, ging aus den Reden nicht hervor. Jedenfalls einte alle der Gedanke, so die städtische Pressestelle nach der Veranstaltung, daß bisher in der Stadt und in der Region Werner Forßmann kaum wahrgenommen werde, er dagegen international größte Hochachtung erfährt. Würdig sei

zwar die Erinnerung an ihn direkt im Krankenhaus, auch die Namensgebung sei zweifelsfrei der richtige Weg gewesen. Doch außerhalb des Krankenhauses werde Werner Forßmann nicht wahrgenommen. Das müsse sich ändern.

Ein ganzes Paket an Maßnahmen sei möglich; »eine Uni hätte in Eberswalde bereits vor 20 Jahren auf Grund des Selbstversuches Forßmanns mit einem Herzkatheter und der erst 17 Jahre später folgenden Nobelpreisvergabe gegründet werden müssen, eine Straße könnte benannt werden oder auch das künftige Bürgerbildungszentrum mit seiner Kita, deren Konzept auf dem 'Haus der kleinen Forscher' basiert. Auch eine umfassende Forschungsarbeit über Forßmann könnte durch einen jungen Historiker realisiert werden.«

Die Nazivergangenheit von Werner Forßmann blieb in der städtischen Pressemitteilung unerwähnt, obwohl Moderator Axel Busse diesen Problemkreis ansprach und sich auch eine längere Diskussion darum entwickelte. Das Podium war fast einheitlich der Meinung, daß Forßmanns wissenschaftliche und medizinische Leistung höher einzustufen und zu würdigen sei, als seine NSDAP- und SA-Mitgliedschaft. Landrat Ihrke regte an, ähnlich wie bei Rudolf Schmidt die »offene Debatte« darüber zu führen. Hans-Joachim Blumenkamp, einer von acht anwesenden Stadtverordneten, machte in

demgegenüber sehr deutlich, daß Forßmanns wissenschaftliches und medizinisches Agieren während der NS-Diktatur sehr genau beleuchtet werden müsse.

Die Ansätze zur Nachdenklichkeit gingen dann aber im Jubel unter, als der Ärztliche Direktor Dr. Detlef Hoffmeister darüber berichtete, daß die GLG Werner Forßmann künftig mit einer Stiftung ein bleibendes Denkmal setzen will. Der GLG-Anwalt sei bereits beauftragt worden, alle Schritte für deren Gründung vorzubereiten. »Was jedoch die Stadt nicht davon abhalten muß«, so weiter die städtische Pressestelle, »mit eigenen Ideen Forßmann zu ehren. Bürgermeister Boginski versprach, die Gedanken in die Stadtverordnetenversammlung zu tragen und dort, im politischen Raum, gemeinsam darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten Eberswalde für eine bleibende Erinnerung an Werner Forßmann nutzen kann.«

Bürgermeister Boginski erteile einstigen NSDAP-Mitgliedern die historische Absolution, kommentierte ein Teilnehmer der Veranstaltung. Der Bürgermeister wolle Forßmann als Leitfigur bzw. Leitbild verstanden wissen, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Eberswalde mit siebzehn Prozent die Gesundheitsbranche gegenüber zwölf Prozent der Industriebranche federführend sei.

Brief an einen RBB-Journalisten

Einäugiges Gedenken an »Nine Eleven«

Am 10. Jahrestag des Anschlags auf die Zwillingstürme in New York sendete RBB-Inforadio ein ganztägiges Gedenk- und Betroffenenprogramm. Darauf bezieht sich der folgende, geringfügig gekürzte Brief vom 9. 11. 2011 an den Journalisten Oliver Rehlinger, Moderator der Sendung. Der Brief wurde nicht beantwortet.

Sehr geehrter Herr Rehlinger, die o.g. Sendung und besonders Ihre Moderation veranlaßt mich dazu festzustellen, daß Ihrem Sender in meinen Augen ganz offensichtlich die Maßstäbe der politischen Entwicklung in der Welt (und vielleicht auch das »feeling« gegenüber Ihren Hörern) verloren gegangen sind. Ich habe selbstverständlich Mitgefühl mit den New Yorker Familien, die an jenem Tag vor 10 Jahren Angehörige verloren haben. Aber das Ärgerliche an Ihrer Sendung ist, daß sie völlig losgelöst von den Vorgängen um uns herum, auch von der Erlebniswelt der Hörer in Ihrem Sendebereich ist. Dazu ein paar Stichpunkte:

Ich habe als Kind den Bombenkrieg ... im Zweiten Weltkrieg erlebt. Daher kann ich die Bewertung des Anschlags von 2001 als geradezu einzigartig nicht teilen. Die Zahl der Opfer – über 5.000, wie es zunächst hieß, exakter über 3.000, wie wir jetzt wissen, ist schlimm, aber sie ist in den Begebnissen der jüngeren Vergangenheit – die zivilen Toten des Vietnam-, Irak- und Afghanistan-Krieges zum Beispiel – nicht ohne Parallele. Oder zählen bei solcher Be-

trachtung nur US-Tote? Die krasse Überbewertung von Nine Eleven, die aus Ihrer Sendung spricht, kann ich mir nur dadurch erklären, daß die Wertenden in den Medien ... den Zweiten Weltkrieg nicht mehr selbst erlebt haben, daß sie zudem durch eigenen Aufenthalt in den USA oder emotionale Bindung an die USA die dortige, mentalitätsbedingte Reaktion unkritisch übernommen haben.

Die US-Amerikaner haben seit dem Bürgerkrieg keinen Krieg im eigenen Land mehr erlebt, daher fehlt ihnen (beneidenswerterweise!) ein Maßstab für das Ereignis. Zudem scheint manchen von ihnen das Empfinden dafür zu fehlen, was ihr eigenes Land anderen Völkern zufügt.

Während Ihre Sendung lief, bombardierte die NATO – vor allem also die USA – unter offenem, zynischem Mißbrauch der Resolution des Sicherheitsrates Libyen. Und das fällt Ihnen als gut informiertem Journalisten nicht ein? Die Nichterwähnung dieses Vorgangs macht das zelebrierte Gedenken heuchlerisch! An diesem Punkt ist medienkritisch festzuhal-

ten, daß dieses ostentative Gedenken dazu dient, psychologisch die Begründung für den auf Nine Eleven folgenden, verheerenden und in vielen Ländern immer kritischer gesehene »Krieg gegen den Terror« aufzufrischen und vom Libyen-Krieg abzulenken. Sie und Ihre Kollegen, Herr Rehlinger, spielen da eine makabre Rolle.

Natürlich bin ich nicht der einzige Hörer in Berlin und Brandenburg, dem dabei Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg aufkommen und die daher das hypertrophierte Gedenken kritisch sehen. Aber, denke ich, der RBB soll sich doch an die Menschen in dieser Region wenden? Zumal er doch gerade mit deren Gebühren finanziert wird ... Ich kann es Ihnen nicht ersparen: RBB Inforadio ist bei der Fusion mit ORB unter der Dominanz des alten Westberliner SFB zustande gekommen und hat sich von dieser gewohnten Mentalität noch nicht frei gemacht. Zumal die Brandenburger mit ihrem deutlich anderen Blick haben Sie noch nicht entdeckt.

Lärmschutz ist nur Teil

Was jahrelanger Kampf um Lärmschutzmaßnahmen nicht vermocht hat, das hat nun die Bürgerinitiative der Clara-Zetkin-Siedlung geschafft.

Ein schöner Erfolg! Glückwunsch!

Daß Lärmschutz erforderlich ist, das wagt nun niemand mehr ernsthaft zu bestreiten. Es geht »nur« noch darum, wer den Lärmschutz bezahlt und da bleibt der Bund natürlich bei seiner Position, daß rechnerisch ein Lärmschutz nicht erforderlich ist. Nun will er ihn aber realisieren, wenn ein »Dritter« ihn bezahlt.

Wie ist dieser Erfolg möglich geworden, so plötzlich? Ganz einfach! Es ist der Nachweis der BI, daß die Straße gar nicht gebraucht wird und daß es daher darum geht, ihre Errichtung, also eine reine Steuergeldverschwendung, zu verhindern. Allein diese Entscheidung der BI war es, daß die Stadtverwaltung nun mitzieht und auch den Lärmschutz fordert. Warum? Auch ganz einfach! Sie fürchtet, daß sich die Argumente der BI durchsetzen könnten und daß diese Straße, die sie immer noch und immer wieder als Ortsumgehung bezeichnet, die sie nicht ist, aus den Plänen des Bundes gestrichen werden könnte. (Übrigens: Im Bundesverkehrswegeplan steht sie gar nicht drin!)

Da wird nun urplötzlich ein Vertreter des Landesbetriebes für Straßenwesen in die Stadtverordnetenversammlung eingeladen, um über den Stand der Planung für die B167-neu zu informieren. Die BI-Vertreter kennen den Stand! Der Landesbetrieb spricht immer noch davon, das sogenannte Planfeststellungsverfahren im Jahr 2011 zu eröffnen. Da wird er sich beeilen müssen! Inzwischen schreiben wir Dezember.

Auch deshalb macht sich nun wohl eine allgemeine Nervosität breit. Die Baudezernentin spricht von einem »bald beginnenden Raumordnungsverfahren« (das ist längst abgeschlossen!) und ein Stadtverordneter einer kleinen Partei, bekannt als die Partei der Besserdienenden, rekrutiert die Anwohner der Eberswalder Heegermühler und Marienwerder Str. als Bürger mit denen man »solidarisch sein müsse«. Wenn der Mann sich mit der Materie beschäftigt hätte, wüßte er, daß diese Bürger durch die geplante neue Straße nicht spürbar entlastet werden. Es ist einfach verantwortungslos, den Anwohnern dieser Straßen Entlastung vorzugaukeln. Der »Solidaritätsappell« will uns einreden, bei der B167-neu handele es sich um »das wichtigste Verkehrsprojekt in Eberswalde«. Die Wahrheit ist: Es ist unwichtig! Wäre es wirklich wichtig, dann hätte der Bund die Planungen nicht seit 15 Jahren vor sich hergeschoben!

Fazit: Die BI ist auf dem richtigen Weg und sollte sich davon durch nichts und durch niemanden abbringen lassen. Mit der Südanbindung an die Autobahn in Finowfurt und mit dem »Eberswalder Schwung« – alles bekannt und sogar schon beschlossen – sind die Probleme im wesentlichen lösbar. Das wird sogar viel billiger als die Nordvariante! Da geht es lang!

JOHANNES MADEJA

Erinnerungsort Synagoge:

Kostenrahmen wird eingehalten

32.000 Euro »Künstlerhonorar« für ein schlechtes Plagiat

Eberswalde (bbp). Der seit 2010 benannte Kostenrahmen von 300.000 Euro für das Gesamtvorhaben der Neugestaltung des ehemaligen Synagogenstandortes als Erinnerungsort wird nach bisherigem Kenntnisstand nicht wesentlich übertroffen, teilte der Erste Beigeordnete der Stadt Eberswalde Lutz Landmann jetzt mit.

Etwa 100.000 Euro kostet die Flächenvorbereitung, wobei mit dem Abriß der Garagen zugleich ein »städtebaulicher Mißstand« beseitigt werde. Für die Abrißarbeiten sind 85.000 Euro veranschlagt, 10.000 Euro für die Planung und 5.000 Euro für archäologische Untersuchungen. Der städtische Eigenanteil beläuft sich hierfür auf etwa 33.000 Euro. Die verbleibende

Summe soll aus Mitteln des Programms »Stadtumbau Ost«, Teilprogramm Aufwertung, finanziert werden. Die eigentliche Neugestaltung schlägt mit etwa 203.000 Euro zu Buche. Allein 32.000 Euro sind als »Künstlerhonorar« veranschlagt, zusätzlich zu den 11.000 Euro für den Ideenwettbewerb sowie 22.000 Euro für den Posten Statik/Architekten. Rund 3.000 Euro kostet die Vermessung, während die Kosten für den Baukörper und die Außenanlagen mit 127.000 Euro angesetzt sind. Bei einem Eigenanteil von 50.000 Euro sollen die Kosten für die Gestaltung zu etwa 75 Prozent durch Mittel aus dem »Europäischen Fonds für regionale Entwicklung« (EFRE) aufgebracht werden.

Debatte zum Eberswalder Bürgerhaushalt

Eberswalde (bbp). Das bislang praktizierte Verfahren zum Eberswalder Bürgerhaushalt hat sich nicht bewährt. Allgemeiner Konsens von Stadtverordneten und Stadtverwaltung war, über ein neues Herangehen zu diskutieren und die Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozeß aktiv einzubinden.

Am 1. Dezember informierte Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff die Mitglieder des städtischen Finanzausschusses über das weitere Procedere. Für den 2. Februar 2012 ist um 18 Uhr eine Sondersitzung des Finanzausschusses im Plenarsaal des Kreishauses geplant, um den zahlreichen interessierten Eberswalderinnen

und Eberswaldern die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in den Diskussions- und Meinungsbildungsprozeß einzubringen. Schwerpunkt der Veranstaltung wird es sein, sich zu einem Verfahren zu verständigen, wie und mit welchem inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwendungen die zukünftigen Debatten zum Bürgerhaushalt in Eberswalde geführt werden. Derzeit laufen im Steuerungsamt und in der Kämmeri mit Unterstützung einer externen Agentur die vorbereitenden Arbeiten, um sich zeitnah mit ansprechenden Materialien und Marketingmaßnahmen ans »Volk« wenden zu können.

»Was soll ich dann noch im Sanierungsbeirat...«

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Landschaftsplaner Andreas Timm hat seinen Austritt aus dem städtischen Sanierungsbeirat erklärt. Daß der Sanierungsbeirat »nicht zu den mächtigsten und einflußreichsten Gremien« gehöre, sei ihm von Anfang an klar gewesen. Dennoch hatte er »die leise Hoffnung, mit Ideen und sachlicher Kritik etwas bewegen zu können«.

Auf der jüngsten Sitzung am 22. November fühlte er sich einmal mehr ausgebremsst. Im Zu-

sammenhang mit Diskussionen um die Baumaßnahmen am Schwärzeuferweg in der Michaelisstraße (vgl. BBP 11/2011) hatte Andreas Timm auch die Gestaltung der Schwärzermündung angesprochen. Dies passe nicht zur Tagesordnung, fiel ihm der Beiratsvorsitzende Professor Jürgen Peters ins Wort. »In Eberswalde liegt vieles im Argen«, stellt Andreas Timm fest. »Unnötige Fällung von wertvollen Altbäumen, unsensibler Umgang mit gewachsenen Landschaftsstrukturen, 'Freiflächengestaltungen', die dampfwalzenartig unter massivem Einsatz von Asphalt, Beton und Stahl eine steriles und ökologisch wertloses Terrain schaffen. Die Baumaßnahmen am Schwärzeuferweg haben ein ehemaliges Kleingartenviertel nachhaltig verschandelt (immerhin nachhaltig). Heute die Michaelisstraße, morgen die Schwärzermündung, dies war und ist meine Befürchtung. Wo Fehlentwicklungen auftreten, muß man dies auch sagen können und dann muß das gesagte auch irgendwie zu Kurskorrekturen führen. Jedenfalls verstehe ich so Demokratie.«

Wenn Fragestellungen ausgewichen werden und Vorschläge ins Leere laufen, so das Fazit von Andreas Timm, »was soll ich dann noch im Sanierungsbeirat?«



Das Gehölz des kleinen Parks an der Michaelisstraße wurde gerodet, um Baufreiheit zum Einspenden der Schwärze zu schaffen.

Stadtbrachland in Bürgerhand



Ein Gemeinschaftsgarten im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde!?

Im Rahmen einer Masterarbeit im Studiengang Global Change Management an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde wurde der Grundstein für die Umsetzung eines Gemeinschaftsgartens im Brandenburgischen Viertel gelegt.

Die Ergebnisse der neuen Sozialstudie machen die im Brandenburgischen Viertel trotz aller Bemühungen bestehende Herausforderung der Stadtentwicklung deutlich. Das Viertel ist nicht unbedingt bekannt für sein positives Image. Dies zeigt sich auch an dem rückläufigen Bevölkerungstrend. Diesem Image und Trend mit neuen Ideen und Ansätzen zu begegnen, ist eine große Herausforderung für die allgemeine Stadtentwicklung mit allen Akteuren und vor allem für die Anwohner selbst.

Auch vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen einer Masterarbeit hinterfragt, inwieweit es möglich ist vor Ort einen »Gemeinschaftsgarten« zu etablieren. Berichtet wurde darüber in der August-Ausgabe der Barnimer Bürgerpost. Mittlerweile hat sich eine Initiativgruppe um die Projektidee zusammengefunden und hofft nun auf reges Interesse vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern des Brandenburgischen Viertels.

Warum nicht mal andere Wege gehen und unkonventionelle Konzepte zur Schaffung eines angenehmen, ja vielleicht sogar einzigartigen, Wohnumfeldes zu schaffen? Ein Gemeinschaftsgarten, nach dem Vorbild der »Prinzensinnengärten« in Berlin, kann hierzu vielleicht beitragen. Das Wort »Garten« mit symmetrisch

aussehenden Beeten und nörgelnden Gärtnern zu verbinden ist hierbei vollkommen falsch. Denn was hier vor allem gefragt ist, ist die Kreativität der Anwohner. Neben der sinnvollen Nachnutzung einer brachliegenden Fläche, können die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels durch die gemeinsame gärtnerische Tätigkeit in Kontakt treten, sich austauschen, gleichzeitig ihr eigenes Obst und Gemüse anbauen und im Grünen entspannen. Durch eine denkbare Zusammenarbeit mit der Grundschule Schwärzensee könnten Kinder wieder spielend lernen, wo Obst und Gemüse eigentlich herkommt und wie es angebaut wird. Auch ältere Menschen, Bewohner mit Migrationshintergrund, Studierende, kurzum alle Interessierten können in und mit dem Garten einen neuen, selbstgestaltbaren Aktivitätsraum schaffen. Hierdurch kann ein aktives Miteinander und ein reger Austausch auf der Fläche stattfinden. Warum nicht nach der Ernte gleich zusammen ein leckeres und gesundes Gericht zaubern, vielleicht bei einem im Gemeinschaftsgarten neu kennengelernten Nachbarn? Mit Blick auf die Projektidee für das Brandenburgische Viertel ist jeder eingeladen mitzugärtnern!

Bislang zeigte sich, daß das Gartenprojekt große Zustimmung bei institutionellen Akteu-

ren, d.h. sozialen Einrichtungen und der Stadt Eberswalde, findet. Seitens der Stadt besteht das Angebot zunächst einen Teil der Fläche der ehemaligen Albert-Einstein-Oberschule für das Gartenprojekt zu nutzen. Noch im Verlauf des Winters bzw. im kommenden Frühjahr kann die Fläche für die nächste Gartensaison vorbereitet werden. Außerdem gibt es vielversprechende Zusagen der Unterstützung, beispielsweise in Form von Spenden wie z.B. Pflanzmaterial und Saatgut. Auch Schulungen zu verschiedenen gartenrelevanten Themen sind vorstellbar.

Zunächst ist eine öffentliche Informationsveranstaltung geplant, bei der interessierte Anwohner mit der Initiativgruppe in Kontakt treten und gemeinsam weitere Schritte planen können. Mehr Informationen hierzu wird es in Kürze geben. Schon im Vorfeld würde sich die Gruppe über Post von Anwohnerinnen und Anwohnern des Brandenburgischen Viertels, aber auch Bewohnerinnen und Bewohner anderer Stadtteile sowie Unterstützer und alle die hier vergessen worden sind oder etwas beitragen möchten, freuen. Alle Interessierten können sich unter gemeinschaftsgarten@web.de melden.

Initiativgruppe Gemeinschaftsgarten

Kleiderkammer soll am 2. Januar 2012 wieder öffnen

Trägerwechsel der sozialen Einrichtung im Brandenburgischen Viertel wurde formal vollzogen

Der Arbeitslosenservice Eberswalde des Arbeitslosenverbands Brandenburg e.V. hat mit Wirkung vom 1. Dezember sein neues Quartier im Vereinshaus an der Havellandstraße 15 im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel bezogen. Der Arbeitslosenservice nutzt künftig einen Teil der Räumlichkeiten der Kleiderkammer für Informations- und Serviceleistungen für Erwerbslose und sozial Benachteiligte. Die Kleiderkammer bleibt mit einem reduzierten Flächenangebot Bestandteil des Gesamtkonzeptes, Sozialleistungen für Betroffene aus Eberswalde und Umgebung anzubieten.

Zur Zeit ist man dabei, alle notwendigen organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen, um ab 2. Januar 2012 für die Öffentlichkeit präsent und arbeitsfähig zu sein. Dies allerdings unter dem Vorbehalt, daß das Jobcenter Barnim dem Arbeitslosenservice Eberswalde ab 15. Dezember zwei niederschwellige Maßnahmen in der öffentlichen Beschäftigungsförderung (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, d.h. sog. Ein-Euro-Jobs) bewilligt.

Die Öffnungszeiten und die neuen Kontaktdaten insbesondere für die Kleiderkammer

werden durch die Eberswalder Büroleiterin der Arbeitslosenservice zeitnah bekannt gegeben.

Und dies dann in einem frisch sanierten Vereinshaus, das dank des neu eingebauten Fahrstuhls barrierefrei zugänglich und energieeffizient zu nutzen ist. Unsere SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen, aber auch die jungen Mütter und Väter mit Kinderwagen werden das sehr zu schätzen wissen.

Der bisherige Trägerverein »Kleiderkammer und sozialer Service e.V.« hat auf seiner Mitgliederversammlung am 2. Dezember seine Auflösung zum Jahresende beschlossen.

An dieser Stelle sei den GründerInnen der Kleiderkammer im Kiez namentlich der Evangelischen Kirchengemeinde Finow mit seinem langjährigen Sozialdiakon, »Sozialhirten und Sozialrebell« Hartwin Schulz sowie dem Geschäftsführer Gemeindepädagoge Martin Appel und nicht zuletzt der langjährigen »Mutter der Kompanie« Petra Malke mit ihrem Team für ihr außerordentlich hohes soziales Engagement und dem rechtzeitigen sozialpolitischen Weitblick gedankt. Gleiches gilt den AkteurInnen und MacherInnen in der Stadtverwaltung, dem Quartiersmanagement, dem Kontaktbüro

sowie den Mitgliedern im Sprecherrat »Soziale Stadt« des Brandenburgischen Viertel sowie den Mitgliedern der Begleitausschüsse »Lokales Kapital für Soziale Zwecke« sowie »Stärken vor Ort«, der WBG als Eigentümerin des Vereinshauses sowie den zahlreichen externen SponsorInnen und SpenderInnen für ihr dauerhaftes Verständnis, die Kleiderkammer vom »Tropf« zu nehmen und ihr wieder neues Leben einzuhauchen.

Der Regional Koordinatorin des Arbeitslosenverbandes Petra Bothe sei dringend empfohlen, die destruktive Informationspolitik sowie die stark unterkühlte Kommunikation zu kommunalen ehrenamtlichen MandatsträgerInnen zu beenden. Gleiches gilt für das aktive Nutzen des großen Erfahrungsschatzes und das Ansehen die das bisherige Team der Kleiderkammer unter Leitung von Petra Malke zusammengetragen hat. Valentina Schneider sowie Natalja Hoffmann als langjährige exzellente Schneiderin der Nähstube in der Kleiderkammer sollen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

*CARSTEN ZINN, 5
Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels*

Ein Brief nach Potsdam

Finow (tof). »Die Freie Oberschule Finow gehört zu den Betroffenen des Haushaltsbegleitgesetzes«, heißt es in einem Brief des Trägerversains an die Fraktionsvorsitzenden von SPD und LINKE im Brandenburger Landtag, Ralf Holzschuher und Kerstin Kaiser. »Die geplanten Kürzungen der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft stellen für uns eine ernsthafte Gefahr für den Weiterbetrieb der Schule dar.« Daher bittet der Verein darum, die Lage der Freien Oberschule in den beiden Fraktionen darstellen zu können.

Die Entscheidung über die Bezuschussung der Schulen in Freier Trägerschaft als Teil der Haushaltsgesetzgebung zu treffen, sei die Fortsetzung eines Fehlers staatlicher Schulpolitik, Schulentwicklungsfragen vordergründig nach finanziellen Gesichtspunkten zu treffen. »Wir sind davon überzeugt, daß Sie bei einer gewissenhaften Folgeneinschätzung und wirtschaftlich begründeten Bedarfsermittlung des Finanzbedarfes zu der Erkenntnis kommen, daß eine Zuschußkürzung unter das Niveau der aktuellen Regelung nicht vertretbar ist.«

Der Verein möchte den Fraktionen darlegen, wie staatliche Schulpolitik in Eberswalde und im Landkreis Barnim die Gründung der Freien Oberschule Finow geradezu provozierte, weil sie vor allem am Elternwunsch vorbei ging und sich nur an haushalterischen Gesichtspunkten orientierte. »Wir wollen Ihnen zeigen«, heißt es weiter, »daß unsere Schule nur durch das große Engagement der Trägerversainsmitglieder, von Eltern, Lehrern und Erziehern sowie Bürgern des Stadtteils möglich war und ist. Eine heruntergewirtschaftete ehemals staatliche Schule wurde durch viele freiwillige unbezahlte Arbeitsstunden und finanzielle Hilfen wieder hergerichtet. Auch der Schulbetrieb ist nur durch umfassende unbezahlte Mithilfe möglich.«

Als Schule ohne großen finanzstarken Träger haben wir bereits Kredite im erheblichen Umfang aufgenommen« zur Überbrückung der dreijährigen Wartefrist. »Wir gehen davon aus, daß die bei Genehmigung der Schule geltenden Zuschußregelungen einen Vertrauensschutz begründen, der uns Zinszahlungen und Tilgung der auf dieser Grundlage aufgenommenen Kredite ermöglichen muß.«

Wir können Ihnen an unserem Beispiel zeigen, welche Aufwendungen in einer Schule auch bei sparsamstem Wirtschaften mindestens erforderlich sind. Die geplanten Kürzungen machen Schulgeld in einer Höhe erforderlich, die wir gegenüber unserer Elternschaft bei der gegebenen sozialen Zusammensetzung nicht erheben können.«

Der Brief blieb bislang ohne Antwort.

Dame mit knöchellangem Rock

Zu: »Es war Zeit, daß sie geht« (in BBP 11/2011)

Im September 2000 hatten in Storkow 600 Schüler zehn Tage lang gestreikt, um die Abiturstufe ihrer Schule zu bewahren. Streik hieß: Die Schüler organisieren ihren Unterricht selber. Und gepflegt wurden sie von Bürgern der Stadt. Storkow war zehn Tage lang Freie Republik. Die Abiturstufe wurde fürs erste bewahrt.

Es war aber zu spüren, daß die Regierenden versuchen würden, Landesverfassung und Schulgesetz zu unterlaufen, um auf dem flachen Lande noch mehr Schulen zu schließen und Schülern Lebenszeit zu rauben, denn die Busfahrten zu den Schulen wurden immer länger, bis zu zweimal zwei Stunden am Tage, und der Sitzplatz zum Schlafen war nicht sicher, mußte aber von den Eltern bezahlt werden.

Da begannen drei ältere Herren in Storkow, einen »Runden Tisch Bildung für Brandenburg« in Szene zu setzen. Sie wußten, daß der Bildungsminister durchs Land reist, in sechs Städten auftreten will und von einem Professor Peter Struck aus Hamburg begleitet wird. Wir drei vom Runden Tisch ordnen uns Städten zu, wo wir mitmischen wollen. Ich fahre nach Eberswalde, hundert Kilometer nördlich von Storkow, um mitzumischen. Die Versammlung soll im großen Saal einer Schule stattfinden. Ich bin der erste Mensch am Ort und lege auf die Stühle Handzettel mit Ausschnitten aus dem Schulgesetz. Dann begeben wir uns vors Portal und spreche mit eintreffenden Gästen.

Da kommt eine Dame mit knöchellangem Rock, ein Schlitz im Rock gibt frei ein schönes Bein, und der Mund sagt: »Sie sind Herr Thiel!« Ich sage »ja«. Die Dame fordert mich auf, die Handzettel wegzuräumen, ich hätte sie – die Dame – nicht um Erlaubnis gefragt. Darauf ich: »Dann bitte ich Sie jetzt um Erlaubnis.« – »Nein«, sagt sie. »Aber auf den Handzetteln stehen Auszüge aus dem Schulgesetz,« sage ich. So geht das dreimal hin und her. Ich bleibe dabei: Das Schulgesetz räume ich nicht weg! Da holt die Dame – es war die Schulrätin Brigitte Reuschner – den Direktor, dem das Hausrecht zusteht. Wieder dasselbe Karussell. Der Direktor muß das Schulgesetz wegräumen.

Inzwischen war viel Zeit vergangen, der Minister immer noch nicht eingetroffen. Also bitte ich die Schulrätin, ihr Handy zu nehmen und den Minister zu fragen, ob ihm etwas zuge-

stoßen sei. Diese Bitte erfüllt mir die Dame. Derweil hole ich mir die Handzettel mit dem Schulgesetz vom Hausmeister ab und klemme sie unter den Arm.

Mit vierzig Minuten Verspätung trifft der Minister ein und eilt in den Saal. Sein Begleiter, der Prof aus Hamburg, verweilt am Auto und telefoniert. Ich wahre Abstand. Endlich sieht er mich und ruft: »Wir kennen uns ja.« Ich hatte ihm nach Hamburg mein Schülerstreikbuch geschickt, darin ein Foto von mir, wie ich auf der Schulbank zwischen streikenden Schülern sitze. Ich sage dem Hamburger, wie es mir mit dem Schulgesetz ergangen war. Antwort: »Dann verteile ich die Flyer.« So geschah es.

Nach dem anregenden Vortrag des Hamburger Professors melden sich Lehrer zu Wort und stellen untertänigst Fragen. Ich melde mich auch, doch die Schulrätin will es nicht sehen. Endlich – es ist schon später Abend – darf ich reden. Ich komme schnell aufs Schulgesetz, das in Brandenburg unterlaufen wird. Da unterbricht mich der Minister, und mit ausgestrecktem Glied hält er mir das Schulgesetz entgegen. Nun sehe ich die Möglichkeit zu erzählen, wie die Schulrätin mit dem Schulgesetz umgeht. Als ich fertig bin, steht der Professor aus Hamburg auf, schreitet durch den Saal, reicht mir die Hand und sagt: Ihr Buch ist großartig.

Überall im Brandenburger Land werden Schulen durch die Regierung bedroht: Angeblich nicht mehr genug Schüler vorhanden. Statt nun Klassen mit achtzehn Schülern zuzulassen, wie es auch der Professor aus Hamburg empfiehlt, werden für eine Klassenstufe mindestens vierundfünfzig Schüler gefordert, mindestens zwei Klassen mit je siebenundzwanzig Schülern.

Dr. RAINER THIEL

Auszug aus dem Buch von Rainer Thiel »Neugier, Liebe, Revolution. Mein Leben 1930-2010«. Dort auch Bericht über weitere Ereignisse in Eberswalde und zugehörige Fotos. Der heutige Auszug war erstmals 2005 veröffentlicht in »Das vergessene Volk. Mein Praktikum in Landespolitik« von Rainer Thiel.

Bürgermobil auf Wintertour

Kalter Wind pfeift uns um die Ohren, die Füße sind klamm, die Nase wird rot. Der Winter hat uns eingeholt. Bald sind die Straßen glatt und die Menschen ziehen es vor, in ihren warmen Stuben zu bleiben. Auf die Tour mit unserem Bürgermobil werden wir dennoch nicht verzichten. Von Dezember bis Februar besuchen wir Sie an folgenden Tagen:

Wandlitz, Schönwalde, Basdorf, Klosterfelde am 05.12., 16.01. und 13.02.

Biesenthal, Rüdritz, Zerpenschleuse, Marienweder am 08.12., 19.01. und 16.02.

Ahrensfelde, Werneuchen am 9.12., 20.1. u. 17.2.

Oderberg, Niederfinow, Lunow, Brodowin, Britz am 12.12., 09.01. und 06.02.

Am 19.12.2011 veranstalten wir in Basdorf auf dem Parkplatz am REWE-Markt eine Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum. In der Zeit von 14.30 Uhr bis 17 Uhr möchten wir mit Ihnen bei Glühwein und Lebkuchen das Jahr ausklingen lassen.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch in unserem Bürgerbüro in Eberswalde gern zur Verfügung. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 03334-385155.

Dr. MICHAEL LUTHARDT



Flugplatz Finow: 15 Jahre verpaßte Chancen (2)

von Johannes Madeja

1994 verließen die letzten russischen Kampfflugzeuge Finow. Während manche ihre Ruhe haben wollten, sahen andere Chancen zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Zivilflugplatzes. Wieder andere folgten den Visionen eines österreichischen »Flughafen-Entwicklers« – schlossen »Männerfreundschaften«, plünderten gehörig die öffentlichen Kassen, um letztlich doch zu scheitern.

Nach der Brandstetter-Pleite hatten die Flugplatzgegner natürlich Oberwasser, kein Wunder! Nun mußte ein neues Konzept her. Nachdem sich Kreis- und Kommunalverwaltungen als unfähig erwiesen hatten hieß das Zauberwort nun Privatisierung, natürlich unter Planungshoheit der beiden Kommunen, die deshalb einen Zweckverband gründeten.

So ein Zweckverband, zumal bestehend aus Mandatsträgern beider Kommunen, je fünf aus Eberswalde und aus Finowfurt, hat zwei wesentliche Nachteile: Er will gefragt werden, wenn es um Entscheidungen auf dem Platz geht und er garantiert für die Bürger ein hohes Maß an Transparenz. So etwas ist lästig, besonders für die Herren Bürgermeister, die Transparenz üblicherweise scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Deshalb haben sie auch die Auflösung des Zweckverbandes betrieben. Nicht mehr erforderlich, hieß es und die Kommunalvertretungen haben »mitgespielt«. Seitdem fallen alle Entscheidungen ohne die Parlamente. Es wird ab und zu höchstens informiert. Die unbequemen Fragen der paar »Querulanten«, die lassen sich bei eigener satter Mehrheit aushalten.

Die private Geschäftsführung hat sich redlich bemüht, aus dem Flugplatz etwas ordentliches zu machen. Auf dem Platz wurde deutlich sichtbar aufgeräumt. Allerdings stellte sich heraus – das war ja durchaus keine neue Erkenntnis – daß sich der Flugplatz nur wirtschaftlich betreiben läßt, wenn auch größere Flugzeuge starten und landen dürfen. Der Antrag auf Genehmigung für eine Abflugmasse von bis zu 85 t hatte jedoch bei der Obersten Luftfahrtbehörde in Potsdam keine Chance. Zu groß war die Furcht, Finow könnte sich zu einem Konkurrenten für Schönefeld entwickeln. Es gab zwar immer noch Hoffnung, aber diese Hoffnung ist dann schließlich gestorben und mit ihr der von einigen Visionären anvisierte Flughafen Eberswalde-Finow. Ein Flughafen wird wirklich nicht gebraucht. Die großspurige

Forderung danach hat der Entwicklung auf dem Platz eher geschadet.

Von den Flughafenplänen blieb zunächst nur die Idee eines Sonderlandeplatzes übrig. Die wurde jedoch schnell wieder verworfen. Nun soll es doch ein Verkehrslandeplatz bleiben – also wie bisher mit 14,5 t Abflugmasse. Bisher hat uns noch niemand gesagt, wie und von wem das bezahlt werden soll. Wir wissen: das ist ein Zuschußgeschäft, das sich jedoch für die Region trotzdem rechnen kann, wenn man es klug betreibt und wenn man sich einig ist. Hier jedoch liegt der »Hund begraben« und letztlich zahlen immer wir, die Bürger!

Wie sieht nun die Bilanz nach mehr als 15 Jahren Flugplatzentwicklung aus? Das Wort Entwicklung ist sicher nicht ideal gewählt aber für einen so langsamen, letztlich erfolglosen Prozeß gibt es wohl kein geeignetes Wort.

Diejenigen, die immer und immer wieder einen Flughafen haben wollten, die haben ihn nicht bekommen. Viel Kraft und viel Geld haben die Anstrengungen gekostet. Diejenigen, die aus dem Flugplatz am liebsten eine Kuhweide gemacht hätten (das haben sie natürlich so nicht gesagt!) haben ihr Ziel auch nicht erreicht. Die 2500 m Betonpiste bestehen nach wie vor. 1450 m davon, optional sogar noch 200 m mehr, werden nun vorerst weiter als Start- und Landebahn für kleine Flugzeuge genutzt. Die erhoffte Ruhe vor donnernden Kampfflugzeugen wird das leider nicht bringen. Nur ein größerer Flugplatz mit Instrumentenlandesystem hat Anspruch auf einen geschützten Luftraum. So ein kleiner Flugplatz muß mit der Tiefflugstrecke der Bundeswehr auskommen. Statt der MIGs donnern nun Tornados über unsere Köpfe, glücklicherweise nicht so viele und auch nicht an fünf Tagen in der Woche.

Viele der alten, nicht mehr nutzbaren Gebäude wurden abgetragen, große Flächen wurden von Munition geräumt und auch einige Shelter gibt es nicht mehr. Das alles ist positiv.

Das so sanierte Gelände wartet nun nur noch auf Investoren, also Unternehmen welche den Platz nutzen, so wie es geplant war – für die Ansiedlung von Industrie. Schließlich sollte das Gelände helfen, hunderte von Arbeitsplätzen zu schaffen. So war es den Bürgern versprochen worden. Was ist davon übriggeblieben? Als Antwort reicht ein Wort: Nichts!

Die Ausrede, daß solche Flächen nicht gebraucht werden, die gilt nicht! Rund um Berlin hat es eine Menge neuer Industrieansiedlungen gegeben. Andere Kreise und Kommunen, die nicht einmal so verkehrsgünstig gelegene Flächen anbieten konnten, waren einfach cleverer und erfolgreicher.

Diejenigen, die in den vergangenen 15 Jahren weder einen bedarfsgerechten Flugplatz noch Industrieansiedlungen geschafft haben, lassen sich nun für den größten Solarpark Europas feiern. Das Gelände ist/wird mit tausenden von Solarmodulen zugestellt und damit weitgehend verbraucht. Arbeitsplätze endgültig ade! Das prioritäre Projekt des Landrats – eine Luftnummer!

Der Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide hofft nun wenigstens auf Gewerbesteuererinnahmen. Die braucht er auch dringend, um das selbst geschaufelte große Schuldenloch etwas zu verkleinern. Vielleicht wird es ja den einen oder anderen Firmensitz in Finowfurt geben. Warten wir's ab! Schließlich steuern die Betreiber die Solaranlage aus der Ferne – Hamburg!

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß diejenigen Unternehmen, für die ein ausreichend großer Flugplatz unbedingte Geschäftsgrundlage ist, nun das Weiße suchen und sich dort niederlassen, wo die politischen Rahmenbedingungen flugplatzfreundlicher sind. Es gibt genug ehemalige Militärflugplätze, die nur darauf warten, daß man sich ihrer mit einem guten Nutzungskonzept annimmt. Dazu bedarf es kluger Köpfe in den Amtsstuben, Leute mit Elan und Ideen. Gibt es die in Brandenburg? Im Barnim wohl eher nicht!

Muslimisches Netzwerk Landkreis Barnim gegründet

Beirat für Migration und Integration legt Projekte für 2012 fest

Bernau (bmi-bar). Auf seiner jüngsten Sitzung beschloß der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim den Projektrahmen für das kommende Jahr. Die Teilnehmer der Sitzung in den Räumen der Jüdischen Gemeinde kamen darin überein, ein buntes Programm aufzustellen. Neben Interkulturellen Projektwochen sind Vorträge in Schulen und Diskussionsabende geplant. Dabei sollen Kultursensibilität und -begeisterungsfähigkeit im

Mittelpunkt stehen. Der Vorsitzende Péter Vida wird hierzu alle weiterführenden Schulen des Landkreises ansprechen, um inhaltliche Kooperationen vorzubereiten. Eine Broschüre mit Tips zur Erziehung von Kindern in der Zweisprachigkeit und Informationsabende zum Asyl- und Aufenthaltsrecht sind vorgesehen.

Am Rande der Sitzung wurde das Muslimische Netzwerk Landkreis Barnim gegründet. Es soll die Interessen von vornehmlich aus der

Türkei und arabischen Ländern stammenden Migranten bündeln. Gerade die Belange von Muslimen spielten bisher im Landkreis kaum eine Rolle. Das Netzwerk soll diesen mehr Gehör verschaffen. Sprecher wird der Bernauer Ömer Yildirim sein. Im Namen des Beirates für Migration und Integration vereinbarte Péter Vida mit Ömer Yildirim eine enge Kooperation und einen bereichernden Platz des islamischen Netzwerkes in der Jahresplanung für 2012.

Ich denke da als Altersrentner und Eigenheimer zunächst an die Vorlage zur Seniorenpolitik des Kreises, die als Drucksache A6-3/11 am 30.11.2011 auf den Tischen der Abgeordneten zur Beschlußfassung vorlag (vgl. S. 10). Dank eines Abgeordneten, der seine Tätigkeit im Gremium trotz seines respektvollen Alters und vieler Steine, die ihm ständig in den Weg gelegt werden, doch sehr ernst nimmt, konnte ich das Schriftstück vorher in Augenschein nehmen – und nur die Hände über dem Kopf zusammen schlagen. Warum wohl? Freude war es nicht, die beim Lesen aufkam. Die Änderungsanträge (drei an der Zahl) wurden, wie zu erwarten, mehrheitlich ohne Diskussion abgeschmettert und stattdessen die als Arbeitsgrundlage untaugliche Vorlage, so wie sie »über den Tisch« zweier Ausschüsse ging, von der Mehrheit der im Kreistag Versammelten angenommen.

Fazit: Wenn bis zur nächsten Beratung zum Thema Senioren von seiten des Kreises nichts getan wurde, dann passiert gar nichts! Wozu dann so ein Papier und die vielen Stunden verschwenderischer Zeit für Nichts? Ist das der richtige Einsatz von Steuergeldern, die nur für Diäten und Gehälter derer verwendet wurden, die sich mit solchem unnützen Papierzeug beschäftigen müssen, anstatt dieses Geld zur Unterstützung der in einem echten abrechenbaren Themenkatalog fixierten Aufgaben einzusetzen? Wenigstens ein paar konkrete, abrechenbare Maßnahmen, die zum Beispiel durch kostenlosen Rechtsbeistand dem Schutz vieler Senioren dienen könnten zum Schutz vor den Umtrieben gewissenloser Betrüger und Diebe, deren verbrecherischem Handwerk sie täglich ausgesetzt sind nicht mehr in der Lage sind, sich dagegen zu wehren.

Moderner Laden dank KMU

Eberswalde (prest-ew). 46 Anträge auf KMU-Förderung wurden durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus der Stadt seit 2009 bearbeitet und an die ILB zur Entscheidung weitergeleitet. 26 davon mit einem Investitionsumfang von rund 1,33 Mio Euro erhielten grünes Licht, 13 sind noch in Bearbeitung.

Jüngst nahm der Eberswalder Geschäftsinhaber Henri Bohtz aus den Händen von Bürgermeister Boginski den Fördermittelbescheid entgegen. »Ohne das gute Miteinander mit der Stadt hätten wir diese Möglichkeit nicht nutzen können«, sagte Henri Bohtz während der Übergabe. »Ich danke der Stadt und vor allem dem Wirtschaftsamt sehr herzlich für die kurzen Wege und die unbürokratische Zusammenarbeit.«

Henri Bohtz ist seit 20 Jahren mit seinem Presseshop-Konzept am Markt tätig. Er betreibt u.a. in Eberswalde in der Rathauspassage und im »Heidewald« diese Geschäfte mit einem vielseitigen Angebot für die Kunden. Insgesamt wurden 13 Arbeitsplätze in vier Geschäften geschaffen. Dank der Mittel konnten Ladeneinrichtungen modernisiert und das Warensortiment erweitert werden.

Kommunal gleich Fatal

Kurz vor Jahreschluß beschäftigen sich die Abgeordneten des Kreises Barnim und der umliegenden Kommunen mit Themen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer ausweglos scheinenden, vom Kapital initiierten Finanzkrise von einiger Brisanz geprägt sind.

Ein anderes Thema zum Aufregen sind die Millionen Euro, die aufgewendet werden sollen, um mit aller Macht einen bankrotten Betrieb (HOKAWE) aus der Insolvenz zu retten, obgleich dessen Nutzen (Gewinnbringung) für den Kreis mehr als fragwürdig ist. Ein Gutachten, das nur aus dem Zusammenhang gerissene ökonomische Gesichtspunkte beinhaltet, dabei riskante Fördergelder zur Begründung der Rentabilität heranzieht, kann wohl kaum als Entscheidungsgrundlage maßgeblich sein. BIO ist noch lange nicht BIO, wenn auf unendlich langen Wegen für den Transport des »nachwachsenden« Holzes durch luftverpestende Abgase der Verbrennungsmotoren der angestrebte Effekt auf Null reduziert wird. Den Mißerfolg tragen unterm Strich die Steuerzahler. Risiko! Haben wir es so dick, uns so etwas zu leisten?

Kommunalangelegenheit Nummer 3 ist eine Straße, die geplante B167-neu, die in der vorgeschlagenen Variante eigentlich keiner braucht und die kein Anlieger will, weil sie dessen Probleme nicht löst, zumindest nicht in Finowfurt, sondern nur etwas verlagert. Sie sollte bezüglich ihrer vorgesehenen Trasse grundsätzlich zur Disposition gestellt werden.

In dieser BRD, die jederzeit für eine neue Überraschung zum Nachteil der Geringverdienenden gut ist, muß mit härtestem Widerstand gegen alle Handlungen vorgegangen werden, die nicht absolut jedes Risiko ausschließen. Insofern ist Kommunalpolitik sehr wohl

unter politischen Aspekten, nämlich sozialpolitischen(!), zu betreiben. Was erwartet der Bürger, dem so viel Ungereimtes von der so genannten »großen Politik« unter die Weste gebelzt wird? Von und in seinem Umfeld: Klare, verständliche Darstellung, verlässliche Leute in den Verwaltungen, rechtzeitige und offene Auseinandersetzung zu allen Fragen, die ihn unmittelbar berühren. Glasnostj (zu Deutsch: Offenheit, Klarheit) ist nach der Perestroika (zu Deutsch: Wende) nicht eingetreten. Im Gegenteil: es wird immer mehr unter Angabe fadenscheiniger Gründe mit verdeckten Karten gespielt, bis ein Zufall die Wahrheit ans Licht bringt und das Kind meist schon in den Brunnen gefallen ist. Da wirft sich die Frage nach der Brauchbarkeit des gegenwärtig herrschenden Systems auf. Vermehrt sind in den Medien Stimmen zu hören, die ein Nachdenken über den Kapitalismus in seiner Ganzheit fordern und das nicht nur von bisher links eingestuften Politikern, Wissenschaftlern und Ökonomen. Nein, sie kommen jetzt schon aus allen Schichten der Gesellschaft. Sollte man da auch in unserem Territorium nicht nur von Toleranz reden, sondern sie auch aktivieren, was die Verbreitung echten demokratischen (vom Volk ausgehenden) Gedankenguts betrifft? Initiativen bereichern und schränken nicht ein! Und: gute Erfahrungen zu verwenden ist keine Nostalgie. Denk mal drüber nach, Nachbar!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

CCS bundesweit verbieten

Der Appell und die Unterstützerliste der Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen für ein bundesweites CO₂-Speicherverbot, die die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) Anfang November entgegennahm, ist inzwischen an alle Mitglieder des Vermittlungsausschusses gegangen. Initiativensprecher Christfried Lenz hatte Enkelmann, die für ihre Fraktion im Vermittlungsausschuß sitzt, beide Unterlagen vor Sitzungsbeginn überreicht. Alles in allem gehe die Zahl der Unterstützer des Appells, so Lenz, inzwischen in die Hunderttausend. Die Behandlung des CCS-Gesetzes vertagte der Vermittlungsausschuß dann später.

»Unter Ausschluß der Öffentlichkeit soll nun offenbar ein CCS-Kompromiß ausgekuppelt werden«, kritisiert Dagmar Enkelmann das Vorgehen. »Statt in Hinterzimmern zu tagen, sollten Bund und Länder alle Versuche beenden, die CCS-Technologie in Deutschland auf Umwegen doch noch durchzusetzen. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung an die Bundesregierung, das CCS-Gesetz zurückzuziehen und stattdessen ein

bundesweites Verbotsgesetz vorzulegen. Die so frei werdenden Haushaltsmittel müssen in alternative, nachhaltige Klimaschutztechniken fließen.«

Für Enkelmann ist klar, daß die Bundesregierung den wachsenden Widerstand der Bürgerinnen und Bürger endlich zur Kenntnis nehmen muß. »CCS ist wegen der unkalkulierbaren Risiken gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchzusetzen. Darüber hinaus behindert CCS die dringend notwendige Energie- und Klimawende«, betont sie weiter.

Auch der jetzt von den Grünen gemachte CCS-Vorschlag sei ein fauler Kompromiß. Es sei rechtlich äußerst fragwürdig, für die Industrie CCS zu gestatten, dies Stromkonzernen wie Vattenfall aber zu verweigern. Es wäre zudem unverantwortlich, wegen der sogenannten Prozeßemissionen der Industrie, die gegenwärtig nur zehn Prozent der deutschen Klimagase ausmachen, ein neues Endlagerproblem zu schaffen. Die Grünen öffneten so am Ende ein Einfallstor, um die Speicherung von CO₂ doch noch zu ermöglichen.

BÄRBEL MIERAU

Erwerbslose Gewerkschafter in Klausur

ver.di-Erwerbslosenvertretung Uckermark/Barnim zieht Bilanz

Der ehrenamtliche Vorsitzende des Bezirkserwerbslosenausschusses (BzEA U/B) Carsten Zinn und der Gewerkschaftssekretär Grischa Hochsieder hatten für den 17. und 18. November acht Mitglieder des Bezirkserwerbslosenausschusses und Gäste zu einer Klausurtagung in das Wald-Solar-Heim in Eberswalde eingeladen. Diese Tagung konnte mit Unterstützung des ver.di-Landesbezirkserwerbslosenausschusses Berlin/Brandenburg durchgeführt werden und hatte zum Ziel, eine Bilanz der bisherigen Arbeit seit der Neuwahl im Jahr 2010 zu ziehen und die Arbeitsplanung für das Jahr 2012 vorzubereiten in einem ver.di-Bezirk, mit aktuell 660 erwerbslosen Mitgliedern.

Schwerpunkte waren die kritische Bewertung der bisherigen Arbeit des BzEA U/B mit den Fragestellungen »Was war positiv?«, »Was war negativ?«, der Arbeitsplan für das Jahr 2012 sowie das Selbstverständnis des Bezirkserwerbslosenausschusses.



Grischa Hochsieder moderierte am ersten Tag der Klausurtagung der ver.di-Erwerbslosenvertretung.

In der Diskussion wurde deutlich, daß insgesamt eine positive Bilanz der Arbeit im Zeitraum 2010/2011 gezogen werden konnte. Hervorgehoben wurde die Führungsarbeit des Vorsitzenden Carsten Zinn, der mit großem persönlichen Engagement und einem umfangreichen Erfahrungsschatz aus der gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Arbeit die Arbeit des Ausschusses leitet und der mit dem Betreuungssekretär Grischa Hochsieder an seiner Seite, dessen Arbeit von den Mitgliedern sehr geschätzt wird, die notwendige Unterstützung erhält, was in der Gewerkschaft ver.di nicht überall selbstverständlich ist.

Als besonders wichtig für die bezirkliche ver.di Erwerbslosenarbeit- und Interessenvertretung in den Landkreisen Uckermark und Barnim wurde hervorgehoben:

- die Kontinuität sowie das ziel- und ergebnisorientierte Agieren
- der Gedankenaustausch mit KollegInnen, die in Niedriglohn-, und prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten sowie von Erwerbslosigkeit bedroht sind
- die zeitnahe Öffentlichkeitsarbeit zum täglichen Schicksal von Erwerbslosen und sozial Benachteiligten auf lokaler, regionaler, bezirklicher und landesbezogener Ebene.

Im Verlauf des konstruktiven Meinungstretes wurden die Schwerpunkte in der ver.di-Erwerbslosenarbeit für das Jahr 2012 herausgearbeitet. Die Klausurteilnehmer regten an, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen von Erwerbslosen für Erwerbslose zu organisieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die öffentliche Beschäftigungsförderung, insbesondere zur Anwendung und Umsetzung des Brandenburger Landesprogrammes »Arbeit für Brandenburg«, des Bundesprogrammes »Bürgerarbeit« sowie der kreislichen Förderprogramme »Regionalbudget« in den Landkreisen Uckermark und Barnim.

Dr. ROLF NOWAK

Erklärung der StVv Eberswalde:

Gleichbehandlung freier Schulen

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister der Stadt Eberswalde sprechen sich für vielseitige Bildungsmöglichkeiten im Land Brandenburg aus. Nach ersten Vorgaben im Haushaltsentwurf des Landes sollte das Bildungsministerium 2012 eine Einsparung von 24 Mio. Euro realisieren. Vor Abstimmung des Haushaltes haben die Koalitionsfraktionen sich auf nochmalige Änderungen für den Bildungs- und Wissenschaftshaushalt 2012 geeinigt. 11 Mio. Euro mehr als vorgesehen, sollen 2012 investiert werden und die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft sind bis 2015 um 2,6 Mio. Euro weniger zu kürzen als vorgesehen. Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und

der Bürgermeister der Stadt Eberswalde stellen aber die Forderung an die Landesregierung Brandenburg, dem Beispiel der Stadt Eberswalde zu folgen und auf Kürzungen im Bildungshaushalt vollständig zu verzichten, um dem bildungspolitischen Grundsatz »Gleiche und beste Bildung für alle« unabhängig von sozialer Herkunft gerecht zu werden. Gute und gebührenfreie Bildung in staatlicher und freier Trägerschaft muß auch in Brandenburg erklärtes Ziel sein. Für diesen Grundsatz erweist sich eine Mitteleinsparung als kontraproduktiv.

Diese Erklärung haben alle Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, die drei fraktionslosen Stadtverordneten sowie der Bürgermeister unterschrieben und am 25. November einmütig verabschiedet.

Ver.di-Frauen mit neuer Leitung

Seit dem 1. November 2011 ist Karin Schwendler neue Leiterin des Bereiches Frauen- und Gleichstellungspolitik in der ver.di-Bundesverwaltung. Sie führt die Frauenpolitik in ver.di mit den Schwerpunktthemen Entgeltgleichheit und diskriminierungsfreie Tarifverträge, Gleichstellung im Betrieb und Eigenständige Existenzsicherung für Frauen fort. Mehr zu 10 Jahren erfolgreicher Frauenpolitik und zur zukünftigen Arbeit in ver.di im »IM BLICK« Nr. 55: http://frauen.verdi.de/materialien/im_blick_infobrief

INKEN MÜLLER

Seniorenpolitik als Palaver

Am 30. November hat der Kreistag Barnim einen Beschlussvorschlag »Grundsätze mit Maßnahmen und Empfehlungen zur Seniorenpolitik« mehrheitlich angenommen. Oft sagt man dazu auch »verabschiedet«. Das trifft hier zu. Der Kreistag hat sich mit diesem Beschluß von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren des Landkreises – fast 42 000 oder fast 1/4 aller Einwohner – verabschiedet.

Die beiden Worte »mit Maßnahmen« treffen nämlich nicht zu. Maßnahmen sind nicht zu finden, nur eine Wunschliste. Substanz und Geist der Vorlage werden am besten durch die beiden Wörter »Beliebigkeit« und »Unverbindlichkeit« charakterisiert. Deshalb sprach ich im Namen der Fraktion BVB/Freeie Wähler zur Vorlage und stellte folgende Anträge:

1. Der Landrat wird verpflichtet, zur Situation der Seniorinnen und Senioren im Landkreis auf jeder Kreistagssitzung zu berichten.
2. Im Betreff der Beschlussvorlage und in Punkt 1 des Beschlussvorschlages werden die Worte »mit Maßnahmen« gestrichen. (nur unter dieser Voraussetzung war sie, wegen fehlender Maßnahmen, überhaupt beschlußfähig)
3. Die Kreisverwaltung wird verpflichtet, unter Einbeziehung einer möglichst großen Zahl von Seniorinnen und Senioren, einen konkreten Maßnahmeplan zu Verbesserung der Lebensverhältnisse der Seniorinnen und Senioren zu erarbeiten und im Juni/Kreistag 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wir nahmen nun an, daß man diese Anträge im Interesse der Seniorinnen und Senioren einfach annehmen und bestätigen muß. **Weit gefehlt!** Es hat zwar niemand dagegen gesprochen, wohl auch deshalb, weil dagegen nichts zu sagen ist. Trotzdem wurden die Anträge – gestützt auf die Stimmen der Abgeordneten aus den sog. Volksparteien – abgelehnt und die Vorlage mit der Überschrift »mit Maßnahmen« angenommen, ohne daß Maßnahmen formuliert sind. Es wird wohl auch keine geben. Solch krasses Fehlverhalten von sog. Volkstretern macht sprachlos, betroffenen, traurig, wütend. Ich hoffe sehr, daß sich die Seniorinnen und Senioren derlei nicht länger bieten lassen, sondern diesen Abgeordneten mit den Parteibüchern von SPD, LINKE und CDU die rote Karte zeigen.

JOHANNES MADEJA, Kreistagsabgeordneter

Kinderklinik in Duschanbe

Große Resonanz hat der Spendenaufruf von Dr. Dagmar Enkelmann für die Geburtsklinik in Duschanbe (Tadschikistan) gefunden. Sie bedankt sich für die Spendenbereitschaft, die beeindruckend sei. Vor allem Mütter und Großmütter, haben persönlich im Wahlkreisbüro neue Babykleidung, gepflegte gebrauchte Sachen, selbst Gestricktes, Spielzeug und sogar eine Wärmelampe für den Wickeltisch abgegeben. Die Spenden werden über die deutsche Botschaft an die Geburtsklinik in Duschanbe weitergeleitet. Die Bundestagsabgeordnete hatte im Sommer die Klinik besucht und die schwierigen Bedingungen vor Ort kennen gelernt. In Tadschikistan ist die Säuglingssterblichkeit aufgrund der schwierigen Bedingungen für Frühgeborene eine der höchsten weltweit.

MARGOT ZIEMANN

Ein Ohr für Schwerhörige

... hatte die Dr. Dagmar Enkelmann bei ihrem Besuch der Selbsthilfegruppe »Schwerhörige Menschen und ihre Angehörigen« im Seniorentreff auf dem Bernauer Kulturhof. Einladerin und Sprecherin Ursula Sendowski wollte wissen, wie sich die Vertreter der Kommunalpolitik für die Belange der Schwerhörigen und ihrer Familien einsetzen. Denn im Gegensatz zu anderen Behinderungen (Rollstuhl, Gehhilfen, Blindenstock usw.) sieht man Schwerhörigen die Behinderung nicht an. Es sei auch nicht einfach, so Sendowski, darum zu bitten, der Angesprochene möge lauter sprechen und vor allem langsamer. Begrüßenswert sei z.B. die Installation einer Ringschleife im Rathaus.



Warum aber nicht im Einwohnermeldeamt oder auch im Fremdenverkehrsamt? Warum wird nicht bereits bei einer Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen auf die Einhaltung der Barrierefreiheit in allen Belangen geachtet. Für diese Hinweise war Dagmar Enkelmann dankbar, denn immerhin habe die Bernauer Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der LINKEN vor einigen Jahren die »Barrierefreie Stadt Bernau« beschlossen. Und erst vor kurzem gab es dafür einen Preis des Brandenburger Infrastrukturministeriums. Dennoch bleibe noch einiges zu tun. Ach so – Einem Hörtest mußte sich die Bundestagsabgeordnete auch noch unterziehen, der auch für sie die Probleme der Schwerhörigen anschaulicher machte. Enkelmann ermunterte die Anwesenden, ihre Vorschläge stärker auch in den Behindertenbeirat der Stadt Bernau einzubringen.

BÄRBEL MIERAU

Vom 3. ver.di-Bundeskongreß (Teil 3):

30-Stunden-Woche gehört auf die Agenda

von Kersten Artus

Ende September berieten in Leipzig 1.000 Delegierte der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf ihrer 3. Bundesdelegiertenkonferenz über künftige Aufgaben. Kernkompetenz jeder Gewerkschaft ist die Tarifpolitik. Doch sind konkrete Forderungen den Tarifkommissionen vorbehalten. Ein Grund, warum es keine Lohnforderungen auf dem Kongreß gab und keinen Beschluß zur Höhe der zu verkürzenden Arbeitszeit.

Viele Delegierte sprachen sich für eine 30-Stunden-Woche aus, auch für noch weniger – alles beim vollen Lohnausgleich. Beschlossen wurde dann: Die Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich muß wieder zum Inhalt unserer Tarifpolitik werden. Dabei sind Konzepte zu entwickeln, die den unterschiedlichen Bedingungen in den Branchen Rechnung tragen (Entgrenzung der Arbeitszeit bis hin zur strukturellen Unterbeschäftigung). Das Thema »Gute Arbeit«, insbesondere die wachsende psychische und physische Belastung der Beschäftigten, wird in diese Konzepte einbezogen...

Künftig soll es zudem öffentliche Positivlisten von Unternehmen geben, die tarifgebunden sind – ein Qualitätssiegel, das sich allerdings erst gesellschaftlich durchsetzen muß. Einstimmig wurde beschlossen, den freien Sonntag weiter zum Ziel gewerkschaftlicher Kampagnen zu machen. Einbezogen werden unter dem Label menschenwürdiger Arbeitszeiten auch die Arbeit an Sonnabenden, im Schichtdienst und Nachtstunden.

Daß sich ver.di an der Arbeit der Hartz-IV-Kommission beteiligt hat, steht bis heute in der Kritik. Dem sozialdemokratischen Grundsatz »Fordern statt fördern« folgt die Gewerkschaft jedoch nicht. Die Agenda 2010 ist in Augen der Delegierten gescheitert. Beschlossen wurde die Forderung nach einer umfassenden, repressionsfreien Mindestsicherung: Bedarfsdeckende Regelsätze für Kinder und Erwachsene, einzelfallgerechter Mehrbedarf, eine umfassende Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnkosten, eine allgemein zugängliche, gute Gesundheitsversorgung, eine umfassende, allgemein zugängliche, gute Daseinsvorsorge, Altersübergänge ohne erzwingbare Rentenabschläge und eine armutsfeste soziale Mindestsicherung im Alter, ein Schutz vor Willkür und ein tatsächlicher Zugang zum Rechtsstaat, die Abschaffung existenzvernichtender Sanktionen, bürgerfreundlich, sozial- und rechtsstaatlich handelnde Job-Center, ein Recht auf existenzsichernde, gute Arbeit anstelle eines Zwangs zu Workfare und Hungerlöhnen...

Der Kongreß bekräftigte und konkretisierte die friedenspolitische Position der Gewerkschaft: ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. ver.di setzt sich dafür ein, daß die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung dient. Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelmeinsätze zu begrenzen. ver.di fordert, daß die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch gesetzliche Präzisierung stoppt

und damit der Initiative der Friedensbewegung Aktion Aufschrei »Stopt den Waffenhandel« folgt! Die Mitglieder werden aufgefordert, sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen...

Angenommen wurde zudem ein Antrag der Bundesjugendkonferenz, mit dem sich gegen die Werbung für den Soldatinnen-/Soldatenberuf durch die Bundeswehr in Arbeitsagenturen, ARGEN, Optionskommunen, Schulen und Hochschulen, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und -büros, Berufsmessen sowie den Einsatz von Jugendoffizieren in der politischen Bildung ausgesprochen wird. Wir ... setzen uns insbesondere über den DGB und die Hans-Böckler-Stiftung für eine Friedenserziehung ein, die die verschiedenen Blickwinkel auch der Friedensinitiativen und -organisationen auf die internationalen Beziehungen und Konflikte, insbesondere auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr, beleuchtet. ...

Lohnarmut ist weiblich, ver.di ist die weiblichste aller Gewerkschaften mit einem Frauenanteil von über 50 Prozent. Neben den frauenpolitisch wichtigen Forderungen nach einem Mindestlohn, der Ablehnung einer Rente erst ab 67 und weiterer Arbeitszeitverkürzung soll die Mutterschutzfrist auf 30 Wochen verlängert, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit reformiert, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft verwirklicht werden.

Der 15. Juni, der Tag der Gerechtigkeit für Reinigungskräfte – vornehmlich Frauen, überproportional MigrantInnen, wird Aktionstag bei ver.di. Frauenpolitisch setzte ver.di als erste Massenorganisation neue Maßstäbe und setzt sich künftig für die Einführung des Internationalen Frauentages als gesetzlichen Feiertag ein.

ver.di steht in den kommenden vier Jahren vor der Herausforderung, der nächsten Krise des Kapitalismus mit Widerstand zu begegnen. Die weitere Prekarisierung der abhängig Beschäftigten gilt es zu verhindern. Der politische Streik soll hierzu ein Mittel sein, die Diskussion über ihn breit in der Gesamtorganisation geführt werden, um ihn als Streikrecht der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu organisieren. Frank Bsirske richtete ver.di auf die Bundestagswahlen im Jahr 2013 aus: Ein Regierungswechsel ist anzustreben, denn mit schwarz-gelb sind die Ziele von ver.di nicht zu verwirklichen. Mit wem, ließ er offen. Die Alternativen sind so groß nicht. Ob ein Regierungswechsel auch ein Politikwechsel bedeutet, hängt nicht zuletzt von den Gewerkschaften ab – und ihrer Mobilisierungsfähigkeit.

Plant Eberswalde für den Klimawandel? (Teil 3)

Bürger – schützt eure Anlagen!

Die ersten beiden Teile beschäftigten sich mit der Gestaltung der Eberswalder Altstadt und mit Funktionen innerstädtischer Grünflächen. Nachfolgend wird die Stadtplanung von Bonn und Berlin im Hinblick auf Stadtklima und Klimawandel skizziert.

Klimawandel und städtischer Siedlungsraum

Für die Region generell heißt Klimaerwärmung zunehmende Häufigkeit, Dauer und Intensität von Hitzewellen. Niederschläge und Grundwasserspiegel können sinken, die Häufigkeit von Extremereignissen steigt (Starkregen, Überschwemmungen, Stürme). Diese Tendenzen gelten auch für Eberswalde, das im Bereich stärkerer Kontinentalität (Odernähe) liegt, wo sie sich deutlicher ausprägen.

Der Berliner Stadtentwicklungsplan (StEP) Klima geht für Berlin von folgenden Erwartungen aus:

Sommertage (Lufttemperatur (LT)-Maximum >25°C) von **50-60** (2010) auf **70-90** (2090/99); Tropennächte (LT > 20°C) am Alexanderplatz steigt von 2,1 (1967-1990) auf 6 - 8 (um 2050) und auf 10 - 15 (2090/99); Innerhalb des Berliner S-Bahnringes (ca. 1,1 Mill. Ew.) betrug 2005 der Anteil der von belastendem Bioklima Betroffenen 75%/42% (Tag/Nacht). Für 2050 wird er auf 77%/76% geschätzt.

In Eberswalde kann zudem die Talsituation des Stadtzentrums während einer Hitzeperiode belastend wirken. Abb. 5 zeigt den Einfluß des Relief. Am Tage liegt die LT in Tallagen deutlich höher als in Hang- und Gipfellagen. Vor allem Tal- und Beckenlandschaften sind bei Windstille von mangelndem Luftaustausch (horizontal bzw. bei Inversionen vertikal) betroffen (Claaßen 1993).

Die Auswirkungen des Klimawandels werden durch den demographischen Wandel verstärkt: steigender Altersdurchschnitt der Bevölkerung, verbunden mit höherem Anteil von Herz- und Kreislauferkrankungen führt bei Hitzebelastung zu Übermortalität, d.h. die Sterberate steigt während Hitzeperioden in den Altersklassen ab 80 Jahre auf das drei- bis fünffache der Normalwerte (Abb. 6). Welche Handlungsoptionen haben Kommunen in Sachen Stadtklima (Bioklima)?

Beispiel Bonn

Das »Integrierte Freiraumsystem« (IFS, 1998), wurde entwickelt, bevor sich der Klimawandel voll abgezeichnet hatte. Doch hatte die dicht bebaute Innenstadt schon lange Klimaprobleme (Wärmeinseln, Schwülezone). Das IFS sollte daher als Instrument der Bauleitplanung bezüglich Stadtklima und Freiraumsituation zumindest den Status quo bewahren. Der »Nutzungsdruck auf die gleichzeitig immer kleiner werdenden Freiräume steigt«, so die Autoren des IFS. Diese können »nur ... gesichert werden, wenn über ein schlüssiges Gesamtkonzept die integrierten Leistungen der Freiräume (also Erholung, Stadtgestaltung, Lufthygiene, Klima- u. Biotop-schutz, R.R.) bewußt gemacht werden«, um Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Das IFS hat »für das gesamte Stadtgebiet den Planungsfaktor

Klima inhaltlich einzubinden« und »Tabuflächen für negative Nutzungsänderungen« auszuweisen. Baunutzungen sind zu unterlassen oder zu beschränken, wenn z.B. Grünzüge bzgl. Biotopverbund oder Kaltluftzufuhr nachhaltig beeinträchtigt werden. Schon das Klimagutachten des DWD (OTTE ua 1991) hatte Bonner Bauvorhaben bewertet und Tabuflächen etabliert. Gutachten wie IFS betonten zudem ausdrücklich: »In dichter versiegelten Teilräumen haben selbst kleine Freiräume (also solche wie Ebertstraße Süd in Eberswalde, R.R.) aus fachlicher Sicht für ein günstiges Mikroklima einen extremen Stellenwert...«

Beispiel Berlin

Der Stadtentwicklungsplan Klima (StEP, 2011) umfaßt ähnliche Zielstellungen wie das IFS Bonn. StEP betont ebenfalls, die vorhandenen Grünflächen müßten erhalten werden, was infolge des Klimawandels (Dürreperioden) künftig schwieriger wird. Doch der StEP Klima geht weiter. Er prüft das mögliche Instrumentarium für die Anpassung des Stadtraums an den Klimawandel. Als stadtklimatisch effektive Maßnahmen werden Fassadenaufhellung (bessere Abstrahlung), Fassadengrün, Entsiegelung (z.B. Hof- u. Parkflächen) neben Straßenbäumen und Grünflächen beurteilt, nicht die Dachbegrünung.

Machen Sie Ihren Job, Frau Fellner!

Eberswalde verfügt über kein dem IFS vergleichbares Instrument, geschweige denken die Planer über Folgen des Klimawandels nach. Nicht einmal eine Freiflächenplanung, also ein gängiger Mindeststandard, existiert. Die Formel »Siedlungsplanung + Freiraumplanung = Stadtplanung« (IFS Bonn) besagt eigentlich, daß es Stadtplanung in Eberswalde gar nicht gibt. Statt dessen geschieht das Gegenteil von durchdachter Klimaanpassung: Aufgabe letzter Freiflächen im Zentrum, weitere Versiegelung (Markt, Bahnhofsbereich), Bebauung Ratzburgstr. Süd als Barriere für den Kaltluftstrom ins Zentrum. Ein Negativsaldo, nach dessen Ursachen zu fragen ist.

Stadtgrün, Rendite und Baupolitik

Geiger sah 1961 Stadtplaner und Bauherrn als »Mikroklimazerstörer aus Unkenntnis oder Geschäftsinteresse«. Die Verfasser des IFS Bonn mußten einräumen, daß »eine bauliche Entwicklung in einem grundsätzlichen, systemimmanenten Widerspruch zu Freiraum bzw. ökologischen Qualitäten« steht. Der Widerspruch spitzt sich in dem Maße zu, in dem die Stadtentwicklung den Kapitalinteressen, d.h. dem Bodenwert und der Rendite der zu errichtenden Bauten unterliegt. Stadtgrün ist für die Kommunen Kostenfaktor. Es wirft keine Rendite ab, steht den Kapitalverwertungsinteressen grundsätz-

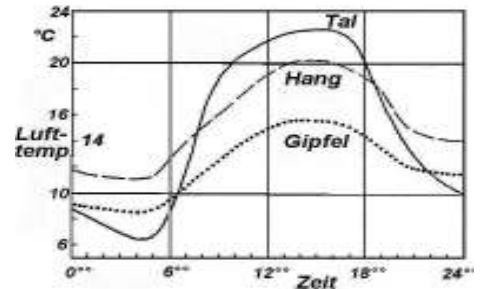


Abb. 5: Relief und Lufttemperatur (Bayr. Wald, Mai/Juni, nach Geiger 1961).

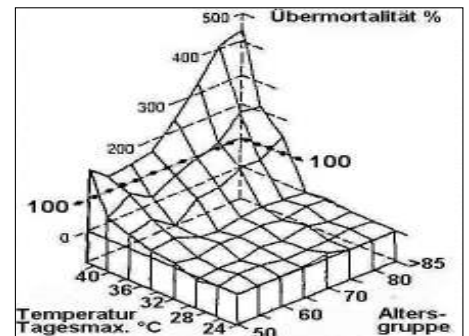


Abb. 6: Erhöhte Mortalität durch Hitzewelle. (Kalifornien, Sept. Nach Claaßen 1993).

lich entgegen. Daher wird es in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer den Baulobbies unterliegen, wenn denen nicht der Druck bürgerschaftlichen Engagements entgegenwirkt.

Wer sind die Bauinteressenten in der Kommune? Bürgermeister zählen dazu, selbst wenn nicht, wie im Fall von Ex-Bürgermeister Schulz ein Baugeschäft in der eigenen Familie betrieben wird. Stadtchefs sind natürlich interessiert nachzuweisen, Arbeitsplätze zu schaffen. Außerdem erwarten sie von jeglicher Gewerbeförderung Gewerbesteuererinnahmen, sie stehen also mit Bauunternehmer wie Baugewerkschaft im gleichen Lager. Baudezernenten zu meist ebenfalls, auch wenn sie nicht wie Ex-Dezernent Prüger von Hause Tiefbauer sind und Stadtplanung mit Bauplanung identifizieren. Ein Architekt wird als Dezernent kaum ein Verhältnis zu bleibenden Freiflächen entwickeln, er will bauen. Und im Bauausschuß findet man z.B. Bauingenieure, Inhaber oder Mitarbeiter von Planungsbüros, gar Immobilienhändler oder deren Angestellten. Das sind die stärkeren Bataillone städtischer Baupolitik.

Einzig Gartenbau und Landschaftsgestaltung als ökonomisch am Stadtgrün interessierte Branchen stehen an der Seite der am Wohnklima interessierten Bürger. Sie verfügen über wenig Einfluß. Aber nur sie können gemeinwohl- und zukunftsorientierte statt profitabhängiger Stadtentwicklung durchsetzen.

ROLF RICHTER

Literatur (siehe auch Teil 2):
K BOUCHON, P HARTMANN (Red), Integriertes Freiraumsystem für die Stadt Bonn. In: Beitr. zur Stadtentwicklung, Stadtplanung u. z. Bauwesen 11, Bonn 1998.
U OTTE ua, Stadtentwicklungsplanung Bonn. Klimagutachten des Dt. Wetterdienstes. 2. Aufl., Bonn 1991.
Stadtentwicklungsplan Klima. Urbane Lebensqualität im Klimawandel sichern. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hg). Berlin 2011 (Internet: unter www.stadtentwicklung.berlin.de als PDF-Datei).

Friedrich Engels und die Dialektik (Teil 2):

Engels war genial – doch nicht perfekt

von Dr. Rainer Thiel

In allen seinen Werken hat er sich als Dialektiker erwiesen. Doch es war nicht möglich, alles, was er in seinen Werken denkend und schreibend praktizierte, in kurzen Definitionen zum Ausdruck zu bringen. Das gilt vor allem für den zweiten jener drei eingangszitierten Grundsätze: »Durchdringung der Gegensätze«. Da wird das Bestehen des Widerspruchs schon vorausgesetzt.

Viel interessanter ist, daß Widersprüche überhaupt entstehen: In ursprünglich einheitlichen Wachstums-Strängen kommt es stets zur Entstehung von inneren Differenzen und Widersprüchen, zur Spaltung des Einheitlichen in Gegensätze, wenn Wachstum voranschreitet. (Heute mathematisch modellierbar.)

Im fortschreitenden Handeln können sich Unterschiede als Ausdruck unterschiedlicher Interessen erweisen, aber auch als **Varianten** des Handelns *gleichgesinnter* Menschen in *ergebnisoffenen Situationen*. In älteren Darstellungen revolutionärer Prozesse wurden Aktivisten dieser oder jener Variante kurzerhand als Veräter bezeichnet. Erst sehr gründliche Forschungen ermöglichen differenzierte Urteile. (Lehrreich ist – erschienen 2010 – das Geschichtswerk »Die Sowjetmacht – Das erste Jahr« von Alexander Rabinowitsch, 642 Seiten hochkonzentrierter Text.)

Engels hat jene Prozesse untersucht, die zur Spaltung menschlicher Populationen in Herren und Knechte sowie zur Trennung von körperlicher und geistiger Tätigkeit führten. (Speziell in seinen Werken »Antidühring«, in MEW 20, Seite 165 ff. sowie 243 ff. und »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« ebenda). In unseren Tagen würden sich alternative Denker manch aufwendige Diskussion ersparen, ließen sie sich von Engels anregen, die längerfristige Geschichte zu beachten.

Technisch-ökonomische Entwicklungsprozesse betreffend wurde Spaltung des Einheitlichen in entgegengesetzte Komponenten in einigen Erfinderschulen des Ingenieurverbandes der DDR zielstrebig vorausgedacht, um Widersprüche sichtbar zu machen und kreativ auflösen zu können. Besondere Schwierigkeiten mit dem Verständnis der Dialektik gibt es beim Grundgesetz »Umschlagen quantitativer Änderungen in qualitative«. Unversehens schleicht sich in das gedachte Verhältnis von »quantitativ« und »qualitativ« die Ziegelstein-Denkweise ein. Am gründlichsten hat Hegel untersucht, wie wir überhaupt dazu gekommen sind, »Quantität« und »Qualität« zu unterscheiden. Engels resümierte: daß die »vorgestellte Starrheit und absolute Gültigkeit« der Begriffe »erst durch unsere Reflexion in die Natur hineingetragen ist«. (MEW 20 Seite 14) Hegel, Marx und Engels waren scharfsinnige Analytiker des menschlichen Erkenntnisprozesses mit seinen produktiven, doch oft auch irreführenden Abstraktionen. Viele Menschen sehen deshalb »Kapitalismus« und »Sozialismus« wie zwei Ziegelsteine. Die großen Drei der Philosophie überwandten allein schon die klassischen Abstraktions-Pro-

dukte »Raum« und »Zeit«, »Kraft« und »Bewegung«. So wurden Philosophen zu Vordenkern der Relativitätstheorie. Leider sind sie von Physikern ignoriert worden, genau so, wie die meisten Linken mit den Begriffen »Kapitalismus« und »Sozialismus« nicht zurecht kommen. (Dazu ausführlicher in R. Thiel: »Allmähliche Revolution – Tabu der Linken«, Kapitel 8 und 12)

Unsre Abstraktionsprodukte in die Wirklichkeit hineintragend wurde nach dem Tod von Marx und Engels behauptet: Bis zu einem gewissen Punkt entwickle sich alles nur quantitativ, dann käme plötzlich ein Umschlag, und die neue Qualität wäre da. So werden eingebil-dete Materialisten zu subjektiven Idealisten: Grenzen der eigenen Sinnlichkeit werden in die Welt hinein projiziert, nirgends dümmel als in der Angelegenheit »Quantität und Qualität«.

Dort ist linke Metaphysik am krassensten ausgeprägt. Metaphysische Projektion wurde durch Stalin propagiert. Stalin war in der Dialektik gescheitert am Unverständnis von Marx und Engels und des Philosophen G.W.F. Hegel, im Gegensatz zu Lenin, der in seinen Philosophischen Heften die Kostbarkeiten der Dialektik Hegels seinen Kampfgenossen empfohlen hatte. (W. I. Lenin, Werke Band 38) Nur der Spruch »Knotenlinie von Maßverhältnissen« hat sich als Mißgriff erwiesen: Hegel und Engels hatten verfehlt, treffende Intuitionen auch treffend zu formulieren. (Vgl. R. Thiel: »Allmähliche Revolution«, Abschnitt 8.9)

Leider haben die Dialektiker Marx und Engels Anlaß zu Mißverständnissen gegeben. Das kam daher, daß beide – im Gegensatz zu ihren Epigonen – oft in der Notlage waren, eine Fülle von Gedanken mit wenigen Worten aus-

drücken zu müssen. Und so kommt es vor, daß Marx und Engels – extrem abkürzend – mitunter formulierten: Bis zu einem gewissen Punkt schreite ein Prozeß quantitativ fort, und dann geschähe etwas Wesentliches. »Bis zu einem gewissen Punkt«. Aber solche Punkte sind prekär. In der Realität gehen quantitative Wandlungen stets einher mit qualitativen Wandlungen. Frage ist nur: Wann wird das **sichtbar**? Manchmal wird sogar mit den Sinnen Schindluder getrieben. Oder hat jemand schon erlebt, daß ein Topf voller Wasser plötzlich in Dampf übergeht? Engels hat 1885 vor solchem Aberglauben gewarnt. (MEW 20 Seite 13. Ausführlicher dazu R. Thiel: »Allmähliche Revolution«, Kapitel 1 bis 7. Vor elf Jahren habe ich den Vorläufer dieses Buches genannt »Allmählichkeit der Revolution – Blick in sieben Wissenschaften«.)

Engels hat auch in der *Mathematik* Indizien der Dialektik markiert, man braucht nur im Sachwortverzeichnis von MEW Band 20 nachzusehen. Aber in keinem Sachwortverzeichnis wird ausgewiesen, daß Hegel, Marx und Engels ein fundamentales Muster der Dialektik – das Umschlagen quantitativer Wandlungen in qualitative – mittels *mathematischer* Modelle analysiert haben, im Vorgriff auf nobelpreisgekrönte Erkenntnisse Ende des 20. Jahrhunderts, von Marx und Engels auch zutreffend dargestellt, sogar mit Blick auf die Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation, also auch als Verpflichtung aller Analytiker gesellschaftlicher Prozesse. Das geschah v.a. in Arbeiten, die heute in MEW Band 15, Band 20 und Band 23 nachlesbar sind. Von den Professoren war das nicht bemerkt worden. (R. Thiel: »Allmähliche Revolution«, S. 94 – 122 und Seite 128 – 160)

Im Museum in der Adler-Apotheke

Abschied auf Zeit für neue Dauerausstellung

Eberswalde (prest-ew). Das Eberswalder Museum in der Adler-Apotheke erhält eine neue Dauerausstellung. Aufgrund der Umgestaltung schließt das Museum ab 5. Dezember 2011 und öffnet voraussichtlich im Mai 2013 mit einer neuen Dauerausstellung. Die Tourist-Information im Museum in der »Adler-Apotheke« bleibt geöffnet. Interessierte Besucher sind im Winterhalbjahr von November 2011 bis März 2012 montags, mittwochs und freitags von 11-15.30 Uhr, dienstags und donnerstags von 11-17 Uhr und sonnabends und sonntags von 10-14 Uhr herzlich willkommen. Zur Historie: Das Eberswalder Museum, 1905 vom Verein für Heimatkunde zu Eberswalde gegründet, gehört zu den ältesten und wichtigsten städtischen Museen im Land Brandenburg. Es ist Ankerpunkt der Museumslandschaft Barnim. Nach Sanierung des ältesten Fachwerkhäuses der Stadt wurde hier am 14. September 1997 das »Museum in der Adler-Apotheke« eröffnet. Die Erlebbarkeit des in Brandenburg in seiner Art einmaligen Baudenkmals – eines ehemaligen städtischen Wohnhauses mit gewerblicher Nutzung - mit der Präsentation der wertvollen Museumssammlungen, machte seitdem das Museum in der Adler-Apotheke unverwechselbar. Ausstellungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen haben sein Profil als regionalgeschichtliches Museum gefestigt. Es wurde ebenso durch seine umfangreichen öffentlichen Angebote ein unverzichtbarer Informations-, Bildungs- und Kommunikationsort für Geschichte und Kultur im Eberswalder Stadtzentrum.

Die Kürzungspläne nachrechnen



Finow (fof). Patrick Preuß, Schülersprecher an der Freien Oberschule Finow, hatte sich im Namen der Schülerinnen, Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Mitglieder des Trägerverss an alle Fraktionen im Landtag Brandenburg gewandt und sie zu einem Gespräch an der Freien Oberschule Finow eingeladen. Nur die FDP reagierte. In dem Einladungsschreiben hieß es: *Mit der vorgesehenen Neuordnung der Finanzierung für die Schulen in freier Trägerschaft werden viele dieser Schulen in ihrer Existenz bedroht. Ohne Schulen in freier Trägerschaft wird das Niveau der schulischen Ausbildungsangebote insgesamt abgesenkt. Schulen in freier Trägerschaft sind Teil des öffentlichen Schulwesens und müssen nach dem Grundgesetz für alle Eltern unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten offen stehen. Faktisch decken freie Träger in vielen Orten Brandenburgs die Grundversorgung mit ab. Schließungen von Schulen in freier Träger-*

schaft würden vielerorts zu großen Problemen führen. Gemeinsam mit uns demonstrierten knapp 7000 Betroffene am 31.08.2011 vor dem Potsdamer Landtag gegen einseitige Kürzungen im Bildungsbereich bei Schulen in freier Trägerschaft.

Es beginnen jetzt die Beratungen zum Gesetzesentwurf der Landesregierung im Landtag. Wir möchten sehr gerne mit Ihnen über dieses Thema reden, es ist uns sehr wichtig. Bitte teilen Sie uns mit, wann Sie zu einem Gespräch in unserer Schule bereit wären.

Die Landtagsabgeordneten der FDP Andreas Büttner (Fraktionsvorsitzender) und Gregor Bayer folgten der Einladung und ließen sich von den Schülern die Schule zeigen und Probleme erläutern. Auch wenn sich die Schule keine White-Bord-Tafeln und neue PC leisten kann, so kann doch nachgerechnet werden, daß die Kürzungspläne der Landesregierung unverträglich sind.

Barnimer Kirche will stärker in die Öffentlichkeit

Am 12. November tagte im evangelischen Gemeindezentrum des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde, im Dietrich Bonhoeffer Haus, die Synode des Kirchenkreises Barnim. Die Kreissynode vertritt gut 20.000 evangelische Christen des Kirchenkreises.

Am Beginn der Tagung der Kreissynode stand wie immer eine Besinnung. Anja Hartmann, die jetzt das Gemeindezentrum leitet, erinnerte an Dietrich Bonhoeffer, den Theologen und Vertreter der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus, der als einer der letzten Gegner des NS-Regimes im April 1945 ermordet wurde, weil er in Verbindung mit den Hitlerattentätern vom 20. Juli 1944 stand.

Die Synode beschäftigte sich dann mit dem kirchlichen Leben in den vorzugsweise ländlichen Regionen. Dazu brachte Dr. Kenneth Anders, der ein Büro für Landschaftskommunikation führt, Gedanken, Beobachtungen und Erfahrungen ein. Viele Dinge haben sich im Laufe der Zeit verändert. Die christliche Glaubenspraxis wird durch die örtlichen Bedingungen maßgeblich beeinflusst. Die Arbeit verteilt sich auf mehr Schultern als früher. Die Mitglieder der Kirchen sind sehr viel mehr in der eigenen Verantwortung, die Pfarrer sind für sehr viel mehr Gemeinden zuständig und brauchen die Hilfe der sogenannten Ehrenamtlichen.

Wie sollen sich Christen, die aus alten DDR-Traditionen eher ein Leben im Hintergrund geführt haben, jetzt stärker in das öffentliche Leben einbringen, deren Teil sie ja sind.

20.000 Menschen im Kirchenkreis, der im Wesentlichen mit dem politischen Kreis identisch ist, sind die größte Gruppierung mit gemeinsamen Zielen und dem sie verbindenden Glauben an Jesus Christus. Aber sie leben nicht außerhalb, sondern sind Teil der Dörfer und Gemeinden mit denselben Wünschen, Pflichten und Hoffnungen. Da sollen und wollen sie auch mitwirken. Vor allem auf dem Lande, wo der Zusammenhalt, die gemeinsamen Unternehmungen für alle Menschen wichtig sind, sind wir gefragt. Und unsere Kirchen sind in vielen Orten Mittelpunkt für alle, was auch in den vielen Fördervereinen für die Dorfkirchen zum Ausdruck kommt. Das gemeinsame Wohl geht letztlich alle an.

Eine Synode muß auch immer die finanziellen Dinge entscheiden, so wurde auch diesmal der Haushaltsplan für das Jahr 2012 verab-

Die Moosmann-Sage

Ein junger Bursche aus dem Oberbarnim war sehr arm. Er hatte sich in die Tochter des Nachbarn verliebt. Da die wenigen Groschen als Holzfäller aber nicht für die Gründung einer eigenen Familie reichten, ging der einst lustige Mann immer öfter in den Wald, um sich abzulenken. Als er eines Tages sehr spät auf dem Weg nach Hause war, sprang plötzlich eine winzige Gestalt vor ihm auf den Weg und bat ihn, schnell drei Kreuze (die drei Kreuze stehen für: »Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes«) in den nächsten Baumstamm zu schlagen, weil der Wilde Jäger mit seinem Gefolge komme, um sie töten. Der junge Mann folgte sogleich der Bitte und kaum war er fertig, da brauste auch schon die ganze Meute herbei. Doch die Kreuze schützten die beiden und der Jäger konnte ihnen nichts anhaben. Der Kleine bedankte sich, noch immer zitternd, bei dem jungen Burschen. Er schenkte ihm zum Dank einen Zweig und verschwand unter einer Wurzel. Erst jetzt begriff der Holzfäller, daß er ein Moosweibchen vor dem Jäger gerettet hatte. Da er nicht so recht wußte, was er mit dem kleinen Zweig anfangen soll, steckte er ihn, ein Liedchen pfeifend an seinen Hut. Als er zu Hause angekommen seinen Hut abnahm, staunte er nicht schlecht. Der Zweig hatte sich in reines Gold verwandelt. Jetzt war sein Glück perfekt, denn er konnte ein kleines Häuschen bauen und sein Mädchen heiraten.

Als alter Mann noch erzählte er seinen Enkeln und Urenkeln die Geschichte von den Moosleutchen im Wald und wie er für seine Hilfe einen Zweig geschenkt bekam, der sich in Gold verwandelte.

aus der Sagensammlung von Bernd Müller

schiedet. Im Bericht des Kreiskirchenrates, dem Leitungsgremium zwischen den Tagungen der Synode, wurden die Schwerpunkte der letzten 12 Monate dargestellt.

In einem weiteren Thema wurde die Öffentlichkeitsarbeit der evangelischen Kirche im Kirchenkreis beraten. Auch hier sollen die 20.000 Mitglieder stärker vertreten werden. Viele Möglichkeiten der öffentlichen Darstellung über die Presse und das Internet stehen offen und sollen zielgerichteter genutzt werden, damit alle Interessenten auch die entsprechenden Informationen erhalten können.

Einer der Vertreter unseres Kirchenkreises in der Landessynode der evangelischen Kirche Berlin Brandenburg und schlesische Oberlausitz, Pfarrer Berg, berichtete noch über deren letzte Tagung.

Die Synode klang aus mit dem gemeinsamen Lied: Verleih uns Frieden ..., einem Vers von Martin Luther aus dem Jahr 1529, der in seiner Bedeutung nichts verloren hat.

HANS-CHRISTOPH PIETSCH

Mit »Zirkuskunststück« zum Nobelpreis

Heimatkundeverein: Auch GLG-Ikone Werner Forßmann war in der NSDAP

Am 26. November feierte die Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) mit einer Festveranstaltung die vor 55 Jahren erfolgte Verleihung des Medizin-Nobelpreises an den Namensgeber des Eberswalder Krankenhauses Werner Forßmann (1904-1979).

Forßmann war nach seinem Studium 1929 als Assistenzarzt in Eberswalde angestellt. Hier legte er sich im Sommer desselben Jahres im Selbstversuch einen Herzkatheter an. Er wollte die Ungefährlichkeit der Herzkatheterisierung beim Menschen durch ein spektakuläres Experiment beweisen, um sich dadurch für eine akademische Karriere ins Gespräch zu bringen.

Noch im gleichen Jahr wechselte er als Volontärassistent des berühmten Chirurgen Ferdinand Sauerbruch an die Berliner Charité, blieb aber auch hier nur kurze Zeit. »Mit solchen Kunststücken habilitiert man sich in einem Zirkus und nicht an einer anständigen deutschen Klinik«, soll ihm Sauerbruch entgegen haben, als der spektakuläre Selbstversuch vor allem durch diverse Boulevardzeitungen bekannt wurde. Erst 1931, nach einem Vortrag Forßmanns auf der Tagung der Gesellschaft für Chirurgie, nahm ihn Sauerbruch wieder auf.

Im Jahr 1932, noch vor der Machtergreifung durch die deutschen Faschisten am 30. Januar 1933, trat Werner Forßmann Hitlers NSDAP bei. So wurde er karrieretauglich für »anständige deutsche Kliniken«. Forßmann gehörte der SA an und dem NS-Ärztbund. Auch das zweitemal blieb Werner Forßmann nur kurze Zeit an der Charité. Nachdem ihn Sauerbruch wegen mangelhafter wissenschaftlicher Initiative abgeschoben hatte, ging er als Chirurg ans Städtische Krankenhaus in Mainz. In den 30er Jahren bekleidete Forßmann dann Oberarztposten in Dresden und Berlin.

Ab 1935 nahm Werner Forßmann freiwillig an zahlreichen Wehrübungen, Manövern und Kursen teil. Mit Kriegsbeginn wurde er Sanitäts-offizier, war aber seit Herbst 1942 vom Frontdienst befreit. Nach dem zweiten Weltkrieg erhielt Forßmann im Rahmen der Entnazifizierung von 1945 bis 1948 Berufsverbot. Die Zeit überbrückte er in Wies im Schwarzwald in der Praxis seiner Frau. Werner Forßmann habe die NSDAP-Mitgliedschaft tief bereut, erzählte später sein Sohn. Im Jahr 1950 fand Werner Forßmann eine Anstellung als Urologe an den Diakonie-Anstalten in Bad Kreuznach.

Die Anwendung des Herzkatheters war inzwischen eine medizinisch anerkannte Methode, nachdem Ende der 30er Jahre die US-amerikanischen Wissenschaftler André Frédéric Cournand und Dickinson William Richards das Verfahren aufgegriffen und Forßmann in ihren Veröffentlichungen zitiert hatten. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin würdigte daraufhin Forßmann 1954 mit der Leibniz-Medaille bevor ihm zwei Jahre darauf zusammen mit Cournand und Richards der Nobelpreis verliehen wurde.

Als Nobelpreisträger erhielt Forßmann 1958 einen Chefarztposten der Chirurgischen Abteilung des Evangelischen Krankenhauses in Düsseldorf, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1970 tätig war. Daneben ernannten ihn die Universitäten von Mainz (1956), Córdoba (Argentinien) (1961) und Düsseldorf (1964) zum Honorarprofessor. Die Medizinische Fa-

kultät der Humboldt-Universität verlieh ihm 1977 die Ehrendoktorwürde. Ihm gehöre das historische Verdienst, hieß es in der Laudatio, »neben der Herzkatheterisierung auch die Kontrastmitteldarstellung des Herzens entdeckt und ihre Gefährlosigkeit für den Menschen an sich selbst bewiesen zu haben.«

Den Ruhestand verbrachte Werner Forßmann in Wies im Schwarzwald. Im Alter von 74 Jahren starb er an einem Herzinfarkt.

Als nach der Wende das Kreiskrankenhaus Eberswalde 1990 in eine GmbH in Trägerschaft des Landkreises umgewandelt wurde, erhielt es den Namen »Werner Forßmann«. In jüngster Zeit diene diese Namensgebung im Zusammenhang mit Forßmanns Nazivergangenheit Vertretern des Eberswalder Heimatvereins als Argument für die Ehrung des ebenfalls durch NSDAP-Mitgliedschaft belasteten Heimathistorikers Rudolf Schmidt durch eine nach ihm benannte Medaille (vgl. BBP 1, 10 u. 11/2011).
G.M.

Quellen:

- »Der Blitz«, 26./27.11.2011
- Ralf Bröer: »Der Herzkatheter-Selbstversuch: Dichtung und Wahrheit«, Ärzte Zeitung, 27.08.2004
- http://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Forßmann
- <http://www.sammlungen.hu-berlin.de/dokumente/9205/>
- <http://www.glg-mbh.de/Video-Werner-Forssmann.754.0.html>
- <http://www.gesundheit.de/wissen/haetten-sie-es-gewusst/medizingeschichte/der-erste-herzkatheter>
- Ingrid Fischer, Vorsitzende des Vereins für Heimatkunde zu Eberswalde e.V., in einem Gespräch mit der BBP-Redaktion

Eine Spezialkapelle der Bundeswehr ist dabei, den »Einzug der Plagiatoren« einzustudieren – Freiherr von und zu Guttenberg schickt sich an, zu den heimatlichen Kaviarnäpfen zurückzukehren. Jedenfalls drohte er das in einem Mehrseiteninterview in der »Zeit« an. Auf Fotos neueren Datums fällt vor allem auf, daß er sein Haupthaar entölt hat wie weiland ein anderer seines Typs nach einem etwas anders gelagerten Skandal. Auch Michel Friedman verzichtete nach seiner Puffaffäre auf Schmiermittel und ließ sich sanfte Wellen legen. Wer allerdings die Umstyling für den Ausdruck gewandelnden Selbstverständnisses deutete, hat sich bei Friedman geirrt und wird sich auch bei Guttenberg irren. Der Lügenbaron hat zudem sogar seine Nobelbrille abgelegt und sich Haftschalen vor die Pupillen pappen lassen. Na, wenn das kein Läuterungsbeweis ist!

Daß einige »Zufälligkeiten« rund um die Gutenbergsche Comback-Ankündigung trefflich zueinander passen, kann eigentlich nur Naivlinge staunen machen. Fast zeitgleich mit dem Erscheinen des Buches »Vorerst gescheitert«, Protokoll eines Interviews, das der alerte »Zeit«-Chef Giovanni di Lorenzo mit dem Ba-

ER kehret wieder!

ron führte und das vermutlich sehr bald sämtliche Schwedenkrimis von den Bestsellerlisten verdrängen wird, wurde das Betrugsverfahren in Sachen Dissertation eingestellt. Dem Schwindler wurde die ungeheuerliche Strafe aufgebremmt, 20.000 Euro für die Kinderkrebshilfe zu zahlen. Was ihn – sein Privatvermögen wird auf einige hundert Millionen geschätzt – bis ins Mark getroffen haben dürfte.

Kurz vor beiden Initiativen sorgten wohlwollende Medien für Bild und Ton aus dem kanadischen Halifax, wohin sich der Mehrzwecktaktiker anlässlich einer politischen Tagung eingeladen hatte. Dort räsionierte er über das Hinwelken der europäischen Idee und Mißliebigkeiten im Verhältnis Deutschlands zu den USA und deutete an, daß er dies mit Besorgtheit betrachte. Im »Zeit«-Interview wird er deutlicher und läßt die Katze aus dem Sack. Bläst man den Nebel aus Wortblasen und Satzgirlanden auseinander, wird klar, wovor uns ein götliches Schicksal bewahren möge: Der Mann will wieder ans Ruder. Vielleicht sogar in einer

anderen Partei als der CSU. Daß er damit nicht auf die Linke anspielte, ist kaum zu bezweifeln.

Daß sich in die erwähnten Zufälligkeiten die jubelnden Spontanaktionen bajuwarischer Stimmviecher nahtlos einfügen, daß Freddy Quinns betagte Schnulze »Junge, komm bald wieder...« von Bierzeltbarden häufiger abverlangt wird als je zuvor und eine Lokalpostille sich nicht entblödete, die Schlagzeile »Bald wird alles wieder Gutti« zu drucken, zeigt an, daß sich der Freiherr noch immer auf seine Lackeien und Stiefellecker verlassen kann.

Bei Bild und RTL wird schon emsig an dem Brei gerührt, dem man dem Lese- und Hinguckpöbel demnächst ins Maul stopfen wird. Man möchte fast drauf wetten, daß in nicht allzulanger Zeit Überschriften außer uns kommen werden wie: »Das Heimweh war stärker...«, »Ich werde gebraucht...«, »Meiner Frau und der Kinder wegen...«, »Aller Neuanfang ist schwer...«, »Gutenberg im Aufwind...«. Das dann lesend, möchte man seine Darmwinde unverkniffen fahren lassen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Benford und manipulierte Wirtschaftsdaten

2008 war das Jahr der Mathematik. In der »Barnimer Bürgerpost« stellte unser Autor Dr. Ulrich Pofahl aus diesem Anlaß einige bemerkenswerte Ergebnisse der Mathematik vor, darunter das Benfordsche Gesetz (BBP 10/2008). Dieses 70 Jahre alte Gesetz stellte in jüngster Vergangenheit sein Aktualität unter Beweis. Ein Wissenschaftlerteam um Prof. Gernot Brähler von der Technischen Universität Ilmenau hat mit Hilfe dieses Gesetzes nachgewiesen, daß Griechenland seine Wirtschaftsdaten manipuliert hat.

Ilmenau (tu-ilm). Griechenland hat über Jahre hinweg seine Bilanzen gefälscht und war offenbar nur mittels dieser Täuschung im Jahr 2001 in den Euro-Raum aufgenommen worden. Darüber hinaus hatte das Land mit getürkten Zahlen eventuell drohende Strafzahlungen vermieden. Das wiederentdeckte statistische Prüfungsverfahren aus dem Jahr 1938 hilft, frühzeitig und ohne großen Aufwand verlässliche Indizien für Zahlentricksereien zu erkennen.

Die vier Wirtschaftswissenschaftler nahmen sich die Haushaltzahlen und makroökonomische Daten aller EU-Staaten aus den Jahren 1999 bis 2009 vor. Für jedes einzelne Land analysierten sie 156 verschiedene Zahlenwerte wie Schuldenstand, Bruttoinvestitionen und Gesamtausgaben des Staates. Sie taten dies nach dem »Benfordschen Gesetz« von 1938. Es besagt, daß Zahlen in beliebigen Datensätzen – egal ob bei Firmenbilanzen, bei Sparguthaben oder bei Flußlängen – in einer scheinbar banalen Regelmäßigkeit auftreten: Die Zahlen beginnen häufiger mit kleinen Ziffern, also 1, 2, 3, als mit großen, 7, 8, 9. Die 1 steht am Anfang von gut 30 Prozent aller Zahlen, die 2 taucht nur noch in gut 17 Prozent der Fälle auf und die 9 nur bei weniger als fünf Prozent.

Gleichzeitig gilt: Wenn jemand Zahlen fälscht, kommt es regelmäßig zu einer Abweichung von der Benford-Verteilung. Für die Un-

tersuchung der Haushaltzahlen der EU-Staaten heißt das: Je stärker die Anfangsziffern von der Benford-Verteilung abweichen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß das betreffende Land keine realen Zahlen angegeben, sondern Manipulationen vorgenommen hat. Das Ergebnis der Studie ist eindeutig: Griechenland landete auf dem letzten Platz. Bei keinem der untersuchten Euro-Länder wichen die Anfangsziffern so stark von der Benford-Verteilung ab wie bei Griechenland. Damit liegt der Verdacht auf »kreative Buchführung« nahe. Prof. Brähler: »Da Griechenland von der europäischen Statistikbehörde Eurostat bereits der Manipulation seiner volkswirtschaftlichen Daten überführt worden ist, sehen wir dieses Ergebnis als Bestätigung der Effektivität des Benford-Tests.«

Nur knapp besser als Schlußlicht Griechenland lag Belgien – ein Indikator dafür, daß die Zahlen des Landes mit einem hohen Schuldenstand ebenfalls nicht der tatsächlichen Situation entsprechen. Das Wissenschaftlerteam empfiehlt daher, daß auch die Daten Belgiens einer genaueren Prüfung unterzogen werden sollten. Neben Griechenland und Belgien schnitt übrigens auch Österreich schlecht ab. Nachdem potentielle »Täter« nun gewarnt sind, könnten sie die Kenntnisse um das Benfordsche Gesetz nutzen, um die Daten so zu manipulieren, daß die Methode eben nicht an-

schlägt. Diese Gefahr schätzt Prof. Brähler als verschwindend gering ein: »Ich glaube, daß das Prüfungsverfahren sicher ist. Die Robustheit des Benford-Testes hat sich bereits bei Experimenten anderer Wissenschaftler gezeigt.«

Wenn sich am Benfordschen Gesetz die Wahrscheinlichkeit des Schummelns ablesen läßt, gilt auch der Umkehrschluß: Entsprechen die Anfangsziffern der Haushaltzahlen der im Gesetz unterstellten Regelmäßigkeit, kann von »echten« Zahlen ausgegangen werden. In der Rangliste aller EU-Staaten wiesen die Niederlande und Polen die geringsten Abweichungen von der Benford-Verteilung auf. Sie scheinen also bei der Ausweisung ihrer volkswirtschaftlichen Daten ehrlich vorgegangen zu sein. Die BRD landete bei der Erhebung übrigens im Mittelfeld unter den 16 Euro-Staaten.

Der Internationale Währungsfonds IWF hat bereits bei den Wissenschaftlern Interesse an dem Prüfungsverfahren angemeldet. Und auch das Statistische Amt der Europäischen Union Eurostat denkt offenbar über die Anwendung des Benfordschen Gesetzes nach.

Autoren der Erhebung sind Prof. Gernot Brähler (TU Ilmenau), Prof. Max Götsche (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), PD Dr. Bernhard Rauch (Universität Regensburg) und M. Sc. Stefan Engel (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt).

Kießling gab Herrn »Niemand«

Treffen Vollblut-Kabarettist und Politikerin mit Faible für Kabarett aufeinander, ist Unterhaltames garantiert. Davon konnte man sich am letzten Novembersonntag im Bernauer Treff 23 überzeugen. Bei ihren »Offenen Worten« hatte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) den Kabarettisten Gert Kießling zu Gast.



Eher zurückhaltend war Kießling bei persönlichen Fragen. Den Vater verlor er bei einem Bombenangriff kurz vor Kriegsende. Die Mutter mußte sich allein durchschlagen. Kießling konnte nur bis zur 8. Klasse in die Schule gehen, hatte Geld zu verdienen und wurde Fernmeldemonteur. Da war er schon Statist am

Theater in Leipzig. Nach einen halben Jahr entschied er sich für die Kunst und schaffte es – als »Arbeiterkind«, wie er betonte – auf die Schauspielschule in Berlin. Mehrfach half der Zufall seinem Lebensweg auf die Sprünge. Während seines NVA-Dienstes suchte das armeieigene Erich-Weinert-Ensemble eines plötz-

lichen Ausfalls wegen schnellen Ersatz – Kießling wurde zum Kabarett »Kneifzange« abkommandiert. Auf ähnliche Weise landete er nach zehn Jahren Weinert-Ensemble bei der »Distel«. Dort gehörte er 30 Jahre lang bis 2007 zum festen Schauspieler-Stamm. Sichtlich stolz ist Kießling, daß die »Distel« den Sprung vom subventionierten Theater in den gesamtdeutschen Markt schaffte, ohne daß zwischendurch geschlossen oder nicht gespielt worden wäre.

Von Enkelmann auf die DDR-Zensur angesprochen beschönigte Kießling nichts. Weil man die Reflexe der führenden Genossen kannte, wurden absichtlich Textstellen eingebaut, die die ganze Aufmerksamkeit bei der Abnahme auf sich zogen, dafür ging dann anderes glatt durch.

Zum großen Vergnügen der Besucher gab Kießling mehrere Kostproben seines Könnens, zog über Bundeswehr, Demografie-Falle und Gesundheitswesen her. Gemeinsam mit dem Publikum ließ er den Herrn »Niemand« mit allen möglichen und unmöglichen Versprechungen zur Wahl antreten. Heute ist Kießling nur noch solo in »karitativer Mission« unterwegs, d.h. er tritt vor allem in Krankenhäusern und Reha-Kliniken auf.

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2011.

16225
Eberswalde
Heegermühler Str. 64

25 33 0

Elektroinstallation

- Privat
- Gewerbe
- Kommune
- schnell
- preiswert
- zuverlässig

Angela Mätzkow
Dipl.-Elektroingenieur (FH)
Betriebs technischer Leiter

☎ 0 33 34 / 25 33 - 0
☎ 0 33 34 / 25 33 25
elektroinstallation-maetzkow@alice.de

»Neue Leitungen für die Energiewende?!«

Diskussion am 12.12.2011 in Eberswalde

Mit dem Atomausstieg wächst die Chance, sofort die Weichen für den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien zu stellen. Die grüne Bundestagsfraktion will diese Chance mit aller Kraft nutzen. Die grüne Energiewende braucht nicht nur mehr Strom aus Sonne, Wind & Co, mehr Effizienz und Energieeinsparung, sie braucht auch neue Stromnetze. Denn künftig wird immer mehr Ökostrom binnen kürzester Zeit und ohne große Verluste von den Erzeugungsgebieten in die Verbrauchsgebiete transportiert werden müssen.

Längst ist klar, daß die neuen Leitungen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg durchgesetzt werden können. Vielerorts wird der Bau neuer Überlandtrassen kritisiert. In Bürgerinitiativen engagieren sich zahlreiche Menschen und fordern völlig zu Recht mehr Information, Mitsprache und verträgliche Lösungen ein – auch entlang der Uckermarkleitung. Die grüne Bundestagsfraktion will den Netzausbau voranbringen, dessen Planung jedoch grundsätzlich verändern. Transparenz

von Beginn an und eine umfassende Bürgerbeteiligung vor Ort sind für uns ebenso unverzichtbar wie Lösungen, die für die Umwelt und die Menschen vor Ort verträglich sind. Politik, Netzbetreiber und Bürgerinnen und Bürger sollen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und akzeptierte Lösungen finden. Mehrkosten – etwa für Naturschutz oder Erdkabel – müssen auf die Netzentgelte umgelegt werden können.

Wir wollen in den betroffenen Gebieten mit den Kritikerinnen und Kritikern neuer Stromtrassen ins Gespräch kommen und grüne Lösungsstrategien vor Ort darstellen und diskutieren.

Machen Sie mit! Wir freuen uns auf Sie!
Diskussion mit Ingrid Nestle MdB, Axel Vogel MdL sowie Vertretern der Stadt Eberswalde und der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« am 12.12., 18.30 – 20.30 Uhr in der Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE), Haus 6, Friedrich-Ebert-Str. 28, Eberswalde

Infoservice der Bundestagsfraktion

Demo gegen Kürzungspläne

Am 14.12. findet in Potsdam eine weitere Demonstration gegen die Kürzungspläne der Regierung im Bildungswesen, vor allem bei den Schulen in freier Trägerschaft statt.



Treffpunkt für die Potsdamer Schulen ist um 8.30 Uhr zum Spalier in der Albert-Einstein-Straße, alle anderen Schulen sind ab 10.30 Uhr zum großen Sternmarsch zur »Umzingelung« des Landtags und zur großen Kundgebung eingeladen.

Die Freie Oberschule Finow wird an diesem Tag mit allen Schülern und Lehrern, unterstützt von Vereinmitgliedern und Eltern dabei sein.

Spaziergang durch das Tal der Liebe

Wir haben ein tolles Buch für nur 4 Euro im Angebot. Mehr auf www.berg-frei.de unter Wanderkarten.

BERND MÜLLER, NaturFreunde Deutschlands, Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

16. Dezember: 19 Uhr,
Lesung mit Ernst-Georg Schwill

Das Team der Buchhandlung Mahler

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (4), Mierau (2), Nowak, Triller (3)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions schluß: 1. Dezember 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5.1.2012, 12 Uhr.